

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- ***Das Sterben an den Grenzen Europas muss eine Ende haben – Seite 4***
- ***200 Gefangene auf Guantanamo im Hungerstreik – Seite 8***
- ***Für die linke Opposition gibt es viel zu tun – Seite 12***
- ***ver.di-Kundenwoche bei Lidl erfolgreich – Seite 15***
- ***Zur Erklärung der deutschen und polnischen Bischofskonferenzen – Seite 19***



Ausgabe Nr. 20 am 6. Oktober 2005, Preis 1,80 €

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Arbeitsmarkt in Bewegung

IAT, 30.9. scc. Einer Untersuchung des Instituts Arbeit und Technik zufolge hat die geringfügige Beschäftigung in den letzten fünf Jahren um über 30% zugenommen. 2004 arbeiteten 15% aller abhängig Beschäftigten in einem Minijob. In bestimmten Dienstleistungsbereichen ist der Anteil sogar um Etliches höher: Im Einzelhandel und im Hotelgewerbe ist jeder vierte, im Reinigungsge- werbe fast jeder zweite Beschäftigte Minijobber. Die Fluktuation ist bei geringfügig Beschäftigten mit 63% mehr als doppelt so hoch wie bei voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; d.h. zwei Drittel der Minijobber beenden den Job innerhalb eines Jahres bzw. treten einen neuen Job an. Die Fluktuation verläuft der Untersuchung zufolge jedoch nach unterschiedlichen Mustern. Während im Reinigungs- sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe der Anteil gering Qualifizierter sehr hoch ist, liegt im Einzelhandel und im Gesundheitssektor der Anteil von Beschäftigten mit Berufsausbildung über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Das gilt entsprechend für die hier beschäftigten Minijobber. Die Unternehmen decken ihren Bedarf in hohem Maße aus früher in voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen Beschäftigten. Während für bestimmte Erwerbsgruppen wie Schüler und Studierende, Rentner, Frauen mit erwerbstätigem Partner Minijobs eine attraktive Beschäftigungsform seien, würden viele gerade im Einzelhandel, die auf existenzsicherndes Einkommen angewiesen sind, auf Minijobs abgedrängt.

Ärztmangel droht zuzunehmen

BÄK, 27.9., scc. Unterstützt von verschiedenen Organisationen und Institutionen ruft der Marburger Bund NRW/Rheinland-Pfalz für den 19.10. zu einem weiteren Streiktag der Krankenhausärzte und zu einer Demonstration vor dem Düsseldorfer Landtag auf. Der Marburger Bund, der dem Tarifvertrag Öffentlicher Dienst nicht beigetreten ist, fordert für die Krankenhausärzte eine Gehaltserhöhung von 30%. Laut einer Untersuchung des DIW seien die Gehälter dieser Berufsgruppe seit 1993 um 7,5% gesunken, während andere akademische Berufsgruppen ein Plus von 6% verzeichneten. Ein weiterer Grund für die anhaltenden Protestaktionen sind die Millionen unbezahlten Überstunden, die die Krankenhausärzte in den vergangenen Jahren geleistet hätten. In schlechten Arbeitsbedingungen und im Vergleich zu den Einkommen von Ärzten in anderen europäischen Ländern sieht die Bundesärztekammer

denn auch eine der Hauptursachen für den bedrohliche Formen annehmenden Ärztemangel, nicht nur im Osten. Während auf der einen Seite bis 2015 fast 75.000 in Krankenhäusern und Praxen tätige Ärzte in Ruhestand gehen – in der ambulanten Versorgung sind das 50% der Ärzte –, schließen immer weniger Medizinstudenten ihr Studium ab. 1993 waren es noch 11.555, 2003 weniger als 9.000. Das Durchschnittsalter der Ärzte ist in diesem Zeitraum von 46,6 auf 50,8 Jahre gestiegen.

Neue Gerechtigkeit bei Organspenden

Faz, 14.9. maf. Die Zahl der Menschen, die auf eine Organspende warten, wächst Jahr um Jahr. Es entstehen lange Wartenlisten, auf denen man ein besseres Leben oder sogar ums Überleben ansteht. Bisher kommt die Reihenfolge durch das Anmeldedatum zu Stande. Diese einfache und durchsichtige Regel hat es den Wartenden ermöglicht, ihre schier unerträglich Position als Schicksalsschlag, dem Faktum der Erkrankung vergleichbar zu verwinden. In den USA hat man nun für die Fälle der Lungenspende, für die eine Lebendspende nicht in Frage kommt, ein neues Zulassungsverfahren entwickelt, in das Dringlichkeit und Erfolgsaussichten einfließen. Es liegt auf der Hand, dass damit ein besserer Gesamterfolg erreichbar sein sollte. Andererseits wird der Patient seine Einordnung als gesellschaftliches Urteil erfahren müssen. Zudem können in den Bewertungsansatz, nach dem die Zulassung zum Leben errechnet wird, je nach dem sozialen Kräfteverhältnis die berüchtigten Stellschrauben angezogen oder gelockert werden. Zurzeit prüft man, ob dieses neue Kriterium auch für andere Organspenden angewandt werden soll.

Besserer Flüchtlingsschutz nötig

Ngo-online.de, 29.9. alk. Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) hat Verbesserungen beim Flüchtlingsschutz in Deutschland gefordert. „Eine völkerrechtsfreundliche Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes und eine differenzierte Bleiberechtsregelung für geduldete Flüchtlinge sind überfällig“, sagte Stefan Berglund, Vertreter des Flüchtlingskommissariats in Deutschland. Die Bundesrepublik müsse sich in ihrer Anerkennungspraxis stärker am internationalen Recht orientieren. Angehörige von Minderheiten und Flüchtlinge aus Afghanistan, die bereits seit langem in Deutschland leben, müssten das Recht erhalten, auch hier zu bleiben. Nach den Worten von Berglund hat sich bislang die Hoffnung des UNHCR noch nicht erfüllt, mit dem neuen Zuwande-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

rungsgesetz werde der Flüchtlingschutz in Deutschland eine neue Orientierung und Strukturierung erfahren. Übergeordnetes Ziel müsse es sein, die Anerkennung von Flüchtlingen durch Verwaltung und Justiz enger als bisher an die Genfer Flüchtlingskonvention und deren Auslegung in der internationalen Staatenpraxis zu knüpfen. Hierzu sei es dringend erforderlich, die innerbehördlichen Anwendungshinweise entsprechend zu ändern. Berglund hob positiv hervor, dass immer mehr deutsche Gerichte dazu übergingen, grundlegende Defizite bei der Durchführung so genannter Widerrufsverfahren gegen anerkannte Flüchtlinge im Sinne des UNHCR zu korrigieren. Er hoffe, dass auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seine Widerrufspraxis entsprechend ändere.

CDU/CSU will Militärpolizei für Auslandseinsätze

Ngo-online.de, 29.9. alk Die Union setzt sich für die Aufstellung einer bis zu 2000 Mann starken Militärpolizei für Auslandseinsätze als Teil der Bundespolizei ein. Solche für Deutschland neuartigen, quasi militärischen Polizeieinheiten seien „in der Stärke von etwa drei Bataillonen“ notwendig, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der Union im Bundestag, Christian Schmidt (CSU), der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Denn die Bundeswehr bleibe „trotz der jüngsten Ergänzungen bei Ausbildung und Ausrüstung“ für das Eindämmen von Unruhen wie 2004 im Kosovo „nur beschränkt geeignet“. Schmidt nannte die französische Gendarmerie und die italienischen Carabinieri als Vorbilder für eine Militärpolizei, die ständig verfügbar sein solle. Mit den Feldjägern der Bundeswehr verfüge das Land zwar über eine Militärpolizei – aber nur für Aufgaben innerhalb der Armee.

Erfolg bei EU-Rüstungsexportkontrolle

Pflüger, 4.10. alk. Der Europaabgeordnete Tobias Pflüger, Koordinator der Linksfraktion (GUE/NGL) im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung und Mitglied des Auswärtigen Ausschuss sieht einen Erfolg gegen die Rüstungsexporte: „Angesichts der Tatsache, dass vier EU-Mitgliedstaaten ihren Anteil an Rüstungsexporten in Entwicklungsländer von 830 Millionen 2003 auf 4,8 Milliarden US-Dollar im Jahr 2004 gesteigert haben, darf als großer Erfolg gewertet werden, dass sich der Auswärtige Ausschuss des EU-Parlaments auf meinen Antrag hin für eine Rechtsverbindlichkeit des Verhaltenskodexes über Waffenexporte ausgesprochen hat. Auch mein Antrag, dass in Bezug auf Waffenexporte künftig „die Ein-



Du bist Deutschland

Berliner Zeitung, 30.9. rül. Die bislang größte Medienkampagne in der Geschichte der Bundesrepublik lief Ende September in Fernsehsendern und Zeitungen an. Unter der nationalistischen Parole „Du bist Deutschland“ wollen 25 Medienunternehmen, darunter Bertelsmann, Springer, Spiegel, FAZ, SZ und WAZ, die öffentlich-rechtlichen und die privaten Fernsehsender mit mehr als 30 Prominenten für 30 Millionen Euro Werbeplätze zur Verfügung stellen, um „Stimmung“ zu schaffen. Bis Januar 2006 soll die Aktion laufen, eine Homepage (www.du-bist-deutschland.de) ist auch schon eingerichtet. „Es ist die Antwort der geballten Medienmacht auf die deutsche Misere, den Mangel an Zuversicht“, beschreibt die „Berliner Zeitung“ die völkische Mobilmachungs-Kampagne, die stark an Teile der Unions-Wahlkampagne erinnert, – und ärgert sich: „Zuversicht gründet auf dem Leistungsprinzip, an das in der Kampagne ständig appelliert wird. Wer darauf vertrauen kann, dass seine Anstrengungen etwas nützen, der schöpft Selbstvertrauen und wird so risikofreudig, mobil und flexibel, wie es die Kampagne verlangt. Aber diese Erfahrung können viele Deutsche schon lange nicht mehr machen ... Auch bei den Beschäftigten ist das Gefühl verbreitet, ihre Zukunft hänge eben nicht davon ab, wie sehr sie sich abrackerten. In dieser Lage mit dem Appell zu kommen, man möge sich doch Feuer unter dem Hintern machen und Bäume ausreißen, bedeutet nichts anderes als den Appell zum Vandalismus.“ Die Kampagne mit ihrer Entgrenzungs- und Volkskörperhysterie erinnere ihn, so der Autor, an frühere Versuche, „sich mit Stiefel, Spaten und pathetischer Selbstliebe aus dem Sumpf herauszuarbeiten“. Daran ändere sich auch dadurch nichts, dass auch ein Sprachbehinderter, ein Schwarzer und ein Homosexueller auftraten. Auch das in zahlreichen Zeitungen schon erschienene, hier abgebildete Thyssen-Motiv ist verräterisch: Der Angestellte wird zum Thyssen-Unternehmer. Da kennt einer keine Klassen mehr, nur noch Deutsche.

haltung der Menschenrechte allgemein als Kriterium herangezogen werden sollte“, wurde mit großer Mehrheit angenommen. In Bezug auf die so genannten Dual-use-Güter, die zu zivilen und militärischen Zwecken eingesetzt werden können, hat sich der Ausschuss auf Initiative der Linksfraktion hin für eine Einbeziehung der Verordnung Nr. 1334/2000 des Rates ausgesprochen. Dies könnte in Zukunft Exporte dieser Güter erheblich erschweren. Als Erfolg darf zudem gewertet werden, dass erstmals auch „die Finanzierung von Rüstungsexporten“ – auch dies auf meinen Antrag hin – in den Blick genommen

wurde. So votierte der Ausschuss mit großer Mehrheit für die Forderung, dass „z.B. staatliche Kreditvergabe und Kreditbürgschaften künftig in die nationalen Berichterstattungen aufgenommen wird.“ Es darf erwartet werden, dass diese Passagen auch bei der Abstimmung Mitte November im Plenum des EU-Parlaments Bestand haben werden. Insgesamt stellt die Annahme dieser Vorschläge einen großen Schritt hin zu einer effektiveren Rüstungsexportkontrolle dar. Ziel bleibt die Etablierung eines Verbots von Rüstungsexporten.

Zusammenstellung: alk



Bild links: Soldaten patrouillieren am Grenzzaun von Ceuta. Bild rechts: Bürgerkriegsopfer aus Uganda. Die allermeisten Flüchtlinge



sind junge Männer, die versuchen, in Europa Arbeit zu finden, um sich und ihre Familien zu ernähren.

Recht auf Zuflucht!

Das Sterben an den Grenzen Europas muss enden

In der Nacht vom 28. auf den 29. September kamen fünf Menschen, darunter ein Säugling, zu Tode, als mehr als 500 Flüchtlinge in einem einzigen Ansturm versuchten, den an dieser Stelle 3 Meter hohen Grenzzaun, der die spanische Kolonie Ceuta von Marokko trennt, mit selbst gezimmerten Holzleitern zu überwinden. Über 100 Flüchtlinge wurden z.T. schwer verletzt. Weil sich Spanien und Marokko die Verantwortung für die Toten gegenseitig zuschieben, wird die Todesursache vielleicht niemals amtlich festgestellt; aus Krankenhäusern gibt es Meldungen, dass sie an tiefen Schnittwunden und infolge schwerer Verletzungen durch Gummigeschosse, wie sie die spanische Guardia Civil verwendet, starben. Offiziell sollen es 140 bis 150 Flüchtlingen gelungen sein, Ceuta und damit spanisches Territorium zu erreichen. Angehörige von Unterstützergruppen, die von Flüchtlingen per Handy erreicht und die ganze Nacht bis in den Morgen hinein laufend informiert wurden und die ihrerseits das Rote Kreuz und Journalisten mobilisierten, wurden indirekt Zeugen, wie noch in derselben Nacht eine unbekannte Zahl von Flüchtlingen, die es nach Ceuta geschafft hatten, illegalerweise zurück nach Marokko abgeschoben wurden.

Es war das erste Mal, dass sich ein solch massenhafter Grenzübertritt bei Ceuta ereignete. Eine solche Strategie der Grenzüberwindung hatte es bisher nur in der anderen spanischen Exklave, Melilla, gegeben. Auch hier kamen dabei in den letzten Wochen drei Menschen zu Tode. Am frühen Morgen des 3. Oktober versuchten erneut rund 700

Menschen, ganz überwiegend Schwarzafrikaner, ihr Glück. Rund 300 von ihnen überwand den Grenzzaun bei Melilla an einer Stelle, an der er 6 Meter hoch ist.

Am Wochenende fanden wahrscheinlich 17 Afrikaner vor den kanarischen Inseln den Tod, als ein mit 34 Flüchtlingen beladenes Boot vor Fuerteventura kenterte.

Die Flüchtlinge, die den Weg nach Europa über Ceuta und Melilla, über das Mittelmeer oder über den Atlantik und die Kanaren suchen, sind oft Monate, sogar Jahre unterwegs. Das St. Galler Tagblatt (1.10.) berichtet unter Berufung auf den marokkanischen Ministerpräsidenten, dass Marokko allein in diesem Jahr mehr als 23.000 Flüchtlinge abgefangen, festgenommen und nach Algerien deportiert habe. Von dort aus suchen die meisten erneut den Weg nach Europa, manchmal wieder und wieder. Viele warten Wochen, Monate illegal in marokkanischen Grenzstädten oder in den Wäldern vor den Grenzanlagen darauf, dass sich eine Gelegenheit zur Flucht ergibt, eine Zeit, in der sie stets in Gefahr sind, festgenommen, ihrer wenigen Habseligkeiten beraubt und missandelt zu werden. Fast alle verschulden sich und ihre Familien, in der Hoffnung, in Europa Arbeit zu finden, von der sie sich und die Zurückgebliebenen ernähren können.

Die europäische Flüchtlingspolitik verwandelt das Mittelmeer in ein Massengrab

Die Tragödie von Ceuta wirft nicht nur ein Schlaglicht auf die verzweifelten,

Tod und Verderben in Kauf nehmenden Versuche großer Menschenmengen, Zuflucht in Europa zu finden. Sie beleuchtet zugleich ein unsägliches Grenzregime¹, mit dem die EU-Staaten die Flüchtlinge aufzuhalten versuchen und mit dem sie tatsächlich nur ihr Risiko erhöhen, zugrunde zu gehen. Auch jetzt reagierte Spanien vor allem durch

Das Abschiebegefängnis El Matorral, Fuerteventura

Auf die kanarischen Abschiebegefängnisse ist ai (amnesty international) im Juni 2005 kritisch in einem Bericht eingegangen, der von der Erkenntnis getragen ist, dass die Lage der Flüchtlinge und MigrantInnen in den EU-Außenregionen mehr und mehr brutalisiert wird und von Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet ist. (ai 2005b) Ausführlich wird auf das Abschiebegefängnis El Matorral auf Fuerteventura eingegangen. Berichte von Flüchtlingen und genaue Beschreibungen der Lokalität und mancher bürokratisch-polizeilicher Prozeduren sind in den Bericht aufgenommen, im Folgenden seien die Beschreibungen zu El Matorral auszugsweise vorgestellt. (ai 2005b:72 ff.)

Das Zentrum El Matorral wurde als „Aufnahmestelle für Ausländer“ im Mai 2002 auf dem Flughafengelände eröffnet. Schriftliche Kriterien darüber, wer in dieses Lager einzuweisen ist, gibt es nicht. Vorher wurden festgenommene Boat People in einem al-

die Entsendung Hunderter zusätzlicher Soldaten, die, ausgerüstet mit schuss-sicheren Westen und Maschinenpistolen, die Grenzanlagen bewachen. Auch Marokko verstärkte die militärische Bewachung des Zauns.

Die Verschärfung der Grenzüberwachung setzte in der ersten Hälfte der 90er Jahre ein und dann vor allem in den letzten Jahren. Seit 2002 hat Spanien an der gesamten Südküste das Meerüberwachungssystem SIVE errichtet, mit denen das Meer bis zu der marokkanischen Küste überwacht werden kann. Wird ein Flüchtlingsboot gesichtet, soll es innerhalb von 20 Minuten per Hub-schrauber oder Schnellboot aufge-bracht werden können. SIVE soll jetzt auch Griechenland installiert werden, und auch Marokko soll erste Experi-mente mit der Installation gemacht ha-ben. Die Militärpräsenz ist im ganzen Mittelmeergebiet hoch, vor allem in der nur 14 km breiten, 50 km langen Mee-enge von Gibraltar. Seit 2003 patrouil-liert im Rahmen von „Enduring Free-dom“ hier die Nato mit zusätzlichen Schnellbooten (auch der Bundeswehr). 2003 führten verschiedene EU-Staaten gemeinsame Patrouillen durch, in deren Verlauf sie 11 Flüchtlings-schiffe auf-brachten; zur gleichen Zeit begann die italienische Regierung mit dem regulä-ren Einsatz von Marineeinheiten zur Flüchtlingsabwehr. In einem ebenfalls 2003 verabschiedeten Programm zur „Bekämpfung der illegalen Einwande-rung“ entwickelte die EU das Konzept der „virtuellen Seegrenze“; dahinter verbirgt sich das Bemühen, die Grenz-

überwachung auf die gegenüberliegen-den Küsten vorzuverlagern.

Überhaupt kann man seither gezielte Bestrebungen feststellen, die nordafri-kanischen Länder, allen voran Libyen, Marokko und Tunesien, zu Stützpunk-ten der EU-Abschottungspolitik auszu-bauen bzw. sie als solche zu missbrau-chen. Mit dem „Haager Programm“, Ende 2004 verabschiedet, hat sich die EU einen Fünfjahresplan gegeben, mit dem die Transitstaaten gänzlich in die Flüchtlings- und Migrationspolitik ein-gebunden, ein „integriertes Grenz-schutzsystem“ errichtet, eine EU-Grenzschutzagentur gegründet und so genannte „protection areas“ außerhalb der EU für Flüchtlinge, die nicht nach Europa gelangen sollen, eingerichtet werden sollen. In diesem Sinne ist das „Haager Programm“ Bestandteil der „Nachbarschaftsstrategie“ mit ihren beiden Seiten, der Anbindung von be-nachbarten Staaten an die EU und der Option ihrer militärischen und polizei-lichen Kontrolle.

Im letzten Jahr wurde bekannt, dass Italien auf der Grundlage von Geheim-abkommen in großem Stil begonnen hat, Flüchtlinge, die als Boat People in Lampedusa gelandet waren, nach Li-byen abzuschieben. Zuvor schon hatte die Regierung mehrere neue Großlager in Süditalien errichtet, die wie auf Lam-pedusa von den paramilitärischen Car-abinieri bewacht werden und zu denen sogar der UNHCR nur unter großen Schwierigkeiten Zugang hat. Im Okto-ber 2004 schob Italien 1000 Flüchtlinge aus Lampedusa nach Libyen ab, und

das, obwohl Libyen nicht die Genfer Konvention unterschrieben hat und Flüchtlingen elementarste Rechte vor-enthält. Wochen später wurden durch Berichte von Flüchtlingen aus Niger und Ghana öffentlich, dass viele der Ab-geschobenen in der Sahara ausgesetzt wurden, eine unbekannte Zahl kam da-bei um. Ebenfalls im Herbst 2004 wur-de bekannt, dass Italien Zelte und De-cken nach Libyen liefert und zwei neue Abschiebelager im Süden Libyens er-richten lässt; ein Lager im Norden war zuvor schon mit italienischen Geldern errichtet worden. Im Dezember besuche-te eine EU-Kommission libysche Ab-schiebelager und berichtete von kata-strophalen Zuständen, Überfüllung, unzureichender Ernährung, mangeln-der Gesundheitsversorgung, vollständi-ger Rechtlosigkeit der Inhaftierten und willkürlicher Abschiebung.

Auch in Spanien wird wie in Italien der Großteil der Bootsflüchtlinge un-mittelbar vor oder nach ihrer Landung festgenommen. Auf den kanarischen In-seln hat man in den letzten Jahren vier große Abschiebelager errichtet, die ebenfalls paramilitärisch bewacht wer-den und zu denen nationale oder inter-nationale humanitäre Organisationen praktisch kaum Zugang haben. Über die dort herrschenden Haftbedingungen gibt ein Bericht von amnesty interna-tional über das Lager El Matorral auf Fuerteventura Aufschluss, dessen Zu-sammenfassung in untenstehendem Kasten dokumentiert ist.

Ceuta und Melilla² sind regelrechte – koloniale – Vorposten der Abschottung

ten großen Gepäckraum des Flugha-fens untergebracht, ausgelegt eigent-lich für bis 50 Personen, tatsächlich ist er öfter mit 400, ja sogar mit 500 Leu-ten überfüllt gewesen. Es gab nur drei kalte Duschen und vier Toiletten, nie-mand durfte den Raum verlassen. Be-sucher, AnwälteInnen oder Vertreter hu-manitärer Organisationen waren nicht zugelassen. Flüchtlings- und Migran-tenInnen-Hilfsorganisationen wie CEAR, SOS Racism, MSF, die apdha (Asocia-ción pro Derechos Humanos de Espa-ña) und die Asociación de Trabajadores Marroquíes en España (Verein marok-kanischer Arbeiter in Spanien) haben diese Zustände wiederholt kritisiert. Daraufhin hat die Regierung das alte Flughafenlager geschlossen und im Mai 2002 das Zentrum El Matorral eröffnet. Dieses besteht aus fünf Gebäudeteilen und kann 1 200 Personen aufnehmen. Um das Lager leiten zu können, rekruti-eren die Behörden zehn „Chairmen“ aus der Flüchtlingsbevölkerung. Diese werden für ihre Vermittlungsarbeit nicht bezahlt, erhalten aber bessere Schuhe, doppelte Essensrationen und eine bessere medizinische Versorgung.

Die Gefangenen werden nach ihrer An-kunft besonders harten Haftverhält-nissen unterworfen, Zeugen haben die Zellen der ersten Station innerhalb des Lagers als Tierkäfige beschrieben. (La Vanguardia, 25.5.2004) Auf der zweiten und dritten Folgestation werden sie nach Herkunft und anderen Kriterien getrennt.

Den Hof können die Gefangenen je zwei Stunden morgens und abends nut-zen. Es gibt dort allerdings keinen Schutz vor Sonne oder Regen, auch gibt es dort keine Sitzgelegenheiten. Anson-sten sind die Häftlinge in ihre Zellen eingeschlossen. Sie berichteten den ai-Vertretern, dass sie von Polizisten ge-schlagen werden. Die medizinische Ver-sorgung ist äußerst schlecht.

Die fünfte Station ist für massenhaf-te Notunterkunft gedacht, wenn meh-rere hundert Menschen auf einmal ein-gesperrt werden. Die Räume können je-weils 260 und 290 Personen aufnehmen. Die kleinen Fenster sind vergittert. Evakuierungsmöglichkeiten für den Notfall gibt es nicht. Es gibt nur neun Waschgelegenheiten und Toiletten so-wie fünf Duschen. – Insgesamt erfüllt

das Lager nicht die minimale Stan-dardausrüstung, die nach internationa-lem Recht für Haftzentren vorgeschrie-ben ist, es bietet keine Beschäftigungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten, kei-ne Ausstattung für Erziehungs-, Bil-dungs- und religiöse Aktivitäten, keine Bibliothek.

Nach internationalem und spani-schem Recht ist vorgeschrieben, dass es Besuchs- und Kontaktmöglichkeiten nach außen geben muss. Aber Handys werden in El Matorral beschlagnahmt, und zur Kontaktaufnahme mit Famili-enangehörigen oder RechtsanwältIn-nen stehen nur vier öffentliche telefo-ne im Hof zur Verfügung, aber zum Hof gibt es nur eingeschränkten Zugang. Zum Telefonieren braucht man spani-sche Münzen oder Telefonkarten, für deren Erwerb muss man mit den Ange-stellten zunächst Geld tauschen. Flüchtlingsräte, NGOs und Medien ha-ben keinen Zugang zu El Matorral. Die Öffnung der Tore von El Matorral für MSF und ai im Mai 2004 war eine Aus-nahme.

Aus: „Das Mittelmeer als neuer Raum der Ab-schreckung“, s. Fußnote 1

der EU. Parallel zum Beitritt Spaniens zu Schengen und zur Einführung der Visapflicht für alle Magrheb-Staaten 1990 begann der Bau der Grenzzäune mit ihren messerscharfen Dornenkronen und High-Tech-Überwachungsanlagen. Nicht nur Spanien, auch die EU lässt sich dieses Regime viel kosten. Im Rahmen des so genannten Meda-Programms für die „Euro-mediterrane Zusammenarbeit“³ stehen für die „Sicherung der Grenze“ zwischen Spanien und Marokko 40 Mio. Euro bereit, die bisher nur zum Teil abgefordert wurden. Jetzt soll als wichtigste Konsequenz aus der Tragödie von Ceuta neben der militärischen Verstärkung der Zaun auf 6 Meter hochgezogen werden.

In beiden Exklaven sind – inzwischen völlig überfüllte – Auffanglager errichtet worden. Die Flüchtlinge verbringen hier oft viele Monate. Um die Exklaven herum, auf marokkanischem Territorium, liegt ein Ring von Lagern, nicht nur staatlichen, auch solchen, die die Flüchtlinge selbst errichtet haben. Aber immer häufiger führt die marokkanische Polizei hier Razzien durch, die nicht nur zu Verhaftungen führen, sondern auch dazu, dass die lokale Bevölkerung an die Flüchtlinge nicht mehr Wasser und Lebensmittel verteilen oder verkaufen kann. Wie in der Nacht, in der fünf Flüchtlinge getötet wurden, werden Flüchtlinge, die im Grenzbereich auf spanischer Seite festgenommen werden, regelmäßig illegal und unter Missachtung ihrer Rechte nach Marokko zurückgeschoben. Die EU-Kommission verhandelt derzeit mit Marokko über ein Abkommen zur Rückübernahme illegaler Einwanderer und will noch vor Jahresende abschließen. (Standard, 30.9.)

Die Migration ist eine Tatsache und muss legalisiert werden

Die Aufrüstung an den Grenzen bringt den Migrationsstrom aus Afrika und aus anderen Regionen der Welt nicht zum Erliegen. Aber mit dieser seit der ersten Hälfte der 90er Jahre betriebenen Aufrüstung beginnt das große Sterben im Mittelmeer. Wie viele Menschen auf den Fluchtwegen von Afrika über die Meere nach Europa in den letzten Jahren den Tod fanden, wird man nie genau wissen. Helmut Dietrich befasst sich in dem zitierten Aufsatz ausführlich mit den verschiedenen Schätzungen und kommt allein für die Meerenge von Gibraltar für den Zeitraum 1991 bis 2004 zu dem Schluss: „Summiert man die Schätzungen für die verschiedenen Zeitspannen, kommt man auf 12.–14.000 Tote. Ohne Zweifel handelt es sich bei der Meerenge von Gibraltar um das größte Massengrab Nachkriegseuropas.“ Pro Asyl schätzt, dass allein im letzten Jahr im Mittelmeer insgesamt ca. 5.000 Flüchtlinge ertrunken sind. Jede weitere Aufrüstung an den Gren-



Der Doppelzaun um Ceuta ist ca. 10 km lang und mit Nato-Stacheldraht bewehrt.

zen drängt die Flüchtlinge auf noch gefährlichere Fluchtwege ab, zwingt sie zu noch verwegeneren Fluchtmitteln, verstärkt die Verzweiflung, die die Flüchtlinge alle Gefahren in Kauf nehmen lässt.

Die schwarzafrikanischen Flüchtlinge kommen meist aus Ländern, deren wirtschaftliche Entwicklung nach der Entkolonialisierung gescheitert ist, aus Staaten, die zerfallen sind und wo es weder infrastrukturelle Voraussetzungen wirtschaftlicher Entwicklung wie Straßen, Wasser- und Stromversorgung noch Bildung noch Gesundheitsdienste noch Sicherheit oder ein Rechtssystem gibt. Sie fliehen vor Regimes, die durch Terror herrschen und durch ausländische Mächte gestützt werden. Sie fliehen aus Regionen, in denen, zum Teil jahrzehntelang, Bürgerkriege toben, Bürgerkriege, die ohne Finanzierung von außen, ohne Belieferung mit Waffen aus Europa und den USA wohl längst versiegt wären. Bürgerkriege, deren Ursachen bis in die Zeit der europäischen Kolonialherrschaft zurückreichen, in die die alten Kolonialherren oder die USA und inzwischen auch die EU immer wieder Interessen ausländischer Konzerne eine wesentliche Rolle spielen; sei es im Kongo (Diamanten, Kupfer, Kobalt, Gold, seltene Erden, Edelhölzer, Tantal), in Sierra Leone (Diamanten), dem Sudan (Öl) oder anderen von Bürgerkriegen heimgesuchten afrikanischen Ländern.



Oft warten die Flüchtlinge in den überfüllten Auffanglagern von Ceuta und Mellila monatelang

Doch gerade für die Staatsangehörigen aus den Krisen- und Bürgerkriegsregionen, etwa aus dem Kongo, aus Sierra Leone oder dem Sudan, hat die EU die Einreiserestricttionen so verschärft, dass eine legale Einreise für die allermeisten Menschen praktisch nicht möglich ist. Aber Europa, das so maßgeblich beteiligt ist an der Zerstörung der Lebensbedingungen in Afrika, kann sich vor den Folgen des eigenen Handelns nicht abschotten. Es ist erwiesen, dass Menschen ihr Heimatdorf, ihre Stadt, ihr Herkunftsland nur ungern verlassen, wenn sie nicht durch Krieg, Terror, Elend und Hoffnungslosigkeit gezwungen werden. Aber wenn ihre Lage aussichtslos ist, suchen sie ihr Überleben anderswo.

Die EU-Kommission hat als Antwort auf die Tragödie in Ceuta eine Änderung der Einwanderungspolitik gefordert und dafür plädiert, einen rechtlichen Rahmen für legale Einwanderung zu schaffen. Die EU müsse, so EU-Justizkommissar Frattini, „legale Zuwanderungskanäle“ stärken. (Die Presse, 29.9.) Bei aller gebotenen Skepsis liegt darin das Eingeständnis, dass die „illegale“ Immigration durch noch so hochgerüstete Grenzregimes nicht gestoppt werden kann, nicht durch vorverlagerte Abschottung und nicht durch Militärinterventionen.

In einer interdependenten Welt muss das Recht auf Flucht, auf Zuflucht erstritten werden. Das ist auch im Kampf gegen den Raubbau an den Reichtümern Afrikas, gegen die blutigen Ausbeutungsmethoden europäischer und anderer Konzerne, gegen die imperialistische Interventionspolitik zunehmend auch der EU unverzichtbar. scc

1 Eine ausführliche Darstellung gibt Helmut Dietrich, Das Mittelmeer als neuer Raum der Abschreckung, Flüchtlinge und MigrantInnen an der südlichen EU-Außengrenze.

<http://www ffm-berlin.de/mittelmeer.html>

Die folgenden Ausführungen stützen sich auf diesen umfangreichen Bericht der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) in Berlin zur Situation von Flüchtlingen und MigrantInnen an der südlichen EU-Außengrenze.

2 Spanien eroberte 1496 Melilla im Zuge der Reconquista, der Vertreibung der Mauren von der spanischen Halbinsel. Schon vorher, 1445, hatte Portugal Ceuta genommen; Spanien übernahm Ceuta 1580 mit der Annexion Portugals und behielt es auch nachdem Portugal 1640 die Unabhängigkeit zurückeroberte. Beide Exklaven sind heute spanische Militärstützpunkte. Marokko verlangt ihre Rückgabe.

3 Das 1996 eingerichtete Meda-Programm umfasst drei „Körbe“, die „Schaffung eines Raumes des Friedens und der Stabilität, gestützt auf die fundamentalen Grundsätze der Achtung der Menschenrechte und der Demokratie“, die „Schaffung eines Raumes gemeinsamen Wohlstands durch die schrittweise Errichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und den Mittelmeerpartnern sowie zwischen diesen Partnern selbst“ und die „Entwicklung der Humanressourcen, die Förderung des gegenseitigen Verständnisses der Völker in der Europa-Mittelmeer-Region und den Aufbau freier und aktiver Zivilgesellschaften“.

Schutzmachtanspruch als Ziel erkennbar

Aller Voraussicht nach wird sich aus den Bundestagswahlen eine große Koalition unter Führung der Unionsparteien ergeben. Damit wird bedeutsam, wie CDU und CSU die politischen Verhältnisse zu jenen Ländern ordnen wollen, in denen vor dem Zweiten Weltkrieg große Minderheiten deutscher Sprachzugehörigkeit bestanden. Die jetzt vergehende Regierung aus SPD und Grünen hatte, von einer breiten Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, versucht die Nachkriegsordnung auszuhebeln. Der Einzug in den Sicherheitsrat, womöglich mit Veto-Recht, sollte die politisch-rechtliche Sonderstellung, die nahe Nachbarn vor großdeutschen Ambitionen schützt, beseitigen. Bekanntlich ist dieser gemeinsam mit Japan gestartete Versuch zunächst gescheitert. Die Union stand dieser Strategie skeptisch gegenüber, sie wird diesen Weg voraussichtlich nicht einschlagen, jedenfalls nicht mit Nachdruck. Die in den Wahlprogrammen von CDU und CSU enthaltenen, sehr sparsamen Äußerungen lassen Fragen der Diplomatie und des Staatsrechts weitgehend beiseite. Sie wollen die Meinung breiter Bevölkerungskreise in der BRD, aber auch im Umland für eine neue Sicht auf den Zweiten Weltkrieg einnehmen. Dies soll durch eine durchgängige, allgemeine Bewertung der großen Umsiedlungen als wiedergutzumachendes Unrecht erreicht werden.

Im so genannten „Regierungsprogramm von CDU/CSU“ heißt die Stelle: „Die deutschen Heimatvertriebenen und die deutschen Volksgruppen in Osteuropa haben auch nach der Osterweiterung eine wichtige Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn. Wir wollen im Geiste der Versöhnung mit einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin ein Zeichen setzen, um an das Unrecht von Vertreibung zu erinnern und gleichzeitig Vertreibung für immer zu ächten.“

In den „Kernpunkten – Chancen nutzen. 10 gute Gründe, CSU zu wählen“ der CSU steht: „Wir wahren die Interessen der Vertriebenen. Wir setzen uns ein für ein ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘. Vertreibung bleibt Unrecht.“

In dem CSU-„Wahlauf Ruf zur Bundestagswahl am 18. September 2005, Deutschland bewegen – Bayern stärken!“ heißt es: „Wir wahren die Interessen der Vertriebenen und setzen uns ein für ein ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘.“

Die Regierung Schröder/Fischer gab sich zumeist für die aus Polen und Tschechien kommende Kritik an der Politik der Vertriebenenverbände offen. Sie suchte die Auseinandersetzung mit

der Nachkriegsordnung auf dem Feld der großen Diplomatie. Die Unionsparteien hingegen gehen die Frage als offenen Kampf um die öffentliche Meinung an. Sie wollen den Wind drehen, und zwar nicht nur in der BRD, sondern auch in den Zielgebieten.

Während die Bemühungen des Tandems Schröder/Fischer um eine Revision der deutschen Position in der UNO schon wegen ihrer Dreistigkeit an der internationalen Diplomatie scheiterten, ist die von der Union eingeschlagene Strategie mindestens mittelfristig aussichtsreicher und damit gefährlicher, mag sie auch zunächst auf lebhafteste Proteste stoßen.

Jedes Menschenrecht geht mit dem Recht auf einen gesicherten Aufenthalt Hand in Hand. Diese individuell empfundene Notwendigkeit kann angesprochen werden, um Gefühle zu wecken, die auf unveräußerlichen Menschenrechten basieren. Diese Gefühle können in einem zweiten, von Staats wegen zu vollziehenden Schritt mit dem völkischen Schutzmachtgedanken verbunden werden.

Wenn erreicht ist, dass die deutsche Regierung die anerkannte Schutzmacht aller ist, die ein deutsches Wort sprechen, kommt es zu einem Umschlag des menschenrechtlichen Anfangs in ein völkisches Ende.

Solange nämlich das Recht auf sicheren Aufenthalt und kulturelle Selbstbestimmung durch die politische Ordnung des Aufenthaltslandes zu schützen ist, handelt es sich um eine Frage der Demokratie.

Werden aber Aufenthalt und kulturelle Selbstbestimmung mit Blick auf eine auswärtige Macht, d.h. den deutschen Staat, artikuliert, wird das mitbürgerliche Auskommen schlagartig angegriffen, es entsteht eine demokratiefeindliche Situation, die bis hin zur Zerstörung ganzer Kulturen – so der Vorkriegskultur der Tschechoslowakei und Polens – fortgetrieben werden kann und fortgetrieben wurde.

Das Zentrum gegen Vertreibungen mit Standort Deutschland nimmt auf dem kulturellen Gebiet die Ausgestaltung Deutschlands als politische Schutzmacht vorweg.

Wird die SPD in einer großen Koalition dieser Strategie etwas entgegensetzen? Darauf darf man nicht hoffen. Es ist sehr gut möglich, dass die genannten wahlprogrammatischen Bestimmungen Ziele von Regierungspolitik werden, die darüber hinaus sogar in den Parteien der künftigen Opposition Rückhalt haben. *maf*

Aus: DTN 68

Die Deutsch-Tschechischen Nachrichten erscheinen zweimonatlich. Sie werden von „Setkáni – Treffen deutscher und tschechischer Linker“ herausgegeben und kosten im Abonnement 17,50 Euro/Jahr. Bestellungen: DTN, Postfach 201026, D-80010 München.

Beitrittsperspektive mehr als vage

Mit Verspätung haben sich die EU-Staaten am 3.10. auf ein Mandat zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen geeinigt. Blockiert hatte eine Verständigung lange die österreichische Regierung – der gegen den türkischen EU-Beitritt gerichtete Kurs der konservativen Regierung wird übrigens von der oppositionellen SPÖ voll unterstützt. Die österreichische Blockadepolitik kann zwei Erfolge verbuchen: Erstens haben die EU-Außenminister am gleichen Tag die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien beschlossen. Die Beschluss zu Verhandlungen waren vor Monaten auf Eis gelegt worden, bis, so die Bedingung, das Land mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag vorbehaltlos kooperiert. Chefanklägerin Del Ponte hatte bis Montag noch gemutmaßt, der untergetauchte Ex-General Gotovina, der mehrerer Kriegsverbrechen bei der Vertreibung der Serben beschuldigt ist, werde von den kroatischen Behörden geschützt. Ohne dass der General auftauchte, bescheinigte Del Ponte Kroatien am Montag überraschend vollständige Kooperation. Der Beitritt des katholischen Teils des früheren Jugoslawien war stets ein besonderes Anliegen Österreichs, das eine Art Schutzmachtrolle übernommen hat. Zweitens haben die offenen Gegner des türkischen EU-Beitritts im schließlich konsensuell beschlossenen Verhandlungsrahmen Bedingungen untergebracht, auf die die Türkei, auch wenn sie alle Kriterien erfüllt, keinerlei Einfluss hat. Nicht nur muss jedes Mitgliedsland dem schlussendlichen Beitritt zustimmen. Neben anderen wird Österreich darüber in einer Volksabstimmung befinden. Jüngste Umfragen ergeben, dass derzeit lediglich 20% den Beitritt wollen (gegenüber 70% im Fall Kroatien). Jeder Zwischenschritt in den Verhandlungen über insgesamt 35 Kapitel muss von den Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen werden. Schließlich wird ausdrücklich zum Kriterium „die Fähigkeit der Union, die Türkei aufzunehmen und dabei zugleich die Dynamik der europäischen Integration zu erhalten“. So wird der als Ziel der Verhandlungen ausgegebene Beitritt zur letztlich wenig verbindlichen Perspektive.

In der Türkei wächst die Skepsis. Umfragen zufolge stimmen nur noch 63% einem EU-Beitritt zu gegenüber vormals 90%. Der Kurs der EU verschafft, wie verschiedene Medien berichten, der äußersten Rechten in der Türkei regen Zulauf. Am 1. Oktober folgten über 50.000 dem Aufruf der faschistischen MHP zu einer Demonstration gegen einen EU-Beitritt der Türkei. *ssc*

Über 200 Gefangene auf Guantanamo im Hungerstreik

Kurz nach Beendigung des ersten Hungerstreikes am 28. Juli begannen am 8. August erneut Gefangene im US-Gefangenenlager Guantanamo einen Hungerstreik. Nach letzten vorliegenden Meldungen vom 1. Oktober dauert der Hungerstreik an. An ihm nehmen nach Angaben von Anwälten von Ende September 210 der 505 Gefangenen teil. Die US-Behörden versuchten von Beginn an, den Hungerstreik herunterzuspielen, sie gaben zwischenzeitlich lediglich die Zahl von 36 Gefangenen im Hungerstreik zu. Viele trinken nur sehr wenig, einige verweigern zeitweilig Flüssigkeit ganz. An die 30 Gefangene befinden sich, an Händen und Füßen gefesselt, auf der Krankenstation des Lagers, die Angaben über die Zahl derjenigen, die dem Tode nahe sind und zwangsernährt werden, schwanken, sicher weiß man dies von 16 Gefangenen. Berichten eines New Yorker Anwalts zufolge, der einige Gefangene betreut, ist der Streik so organisiert, dass sich ihm verschiedene Gefangene etappenweise anschließen. Das bedeutet, dass einige nun fast zwei Monate im Hungerstreik sind. Die Angehörigen sind ohne konkrete Nachrichten und in tiefer Sorge um ihre Verwandten.

Viele Gefangene wurden vor über drei, manche vor fast vier Jahren gefangen genommen, meist in Afghanistan, und befinden sich seither als „feindliche Kämpfer“ ohne Anklage im Lager – bisher wurden seit 2002 gerade einmal vier Anklagen bei Militärgerichten erhoben. Die Gefangenen werden in fünf Camps festgehalten, von denen Camp 5 – hier vegetieren rund 100 „nicht kooperationsbereite“ Gefangene – das allerübelste ist. Eine „Stern“-Korrespondentin schilderte jüngst die Lage der dort Inhaftierten so: „Sie leben unter Bedingungen, die das Rote Kreuz als

„gleichbedeutend mit Folter“ bezeichnet hat. Viele Gefangene sind in kleinste Zellen eingesperrt. Man lässt das Licht 24 Stunden lang brennen. Und zwar monatelang. Die Gefangenen dürfen einmal in der Woche ihre Zelle verlassen. Doch meist nur nachts. Viele Männer haben also seit Monaten kein Tageslicht mehr gesehen. Die Gefangenen können nicht mehr schlafen, sie werden krank, sie brechen zusammen. Außerdem haben wir mehrfach gehört, dass es nicht genügend zu essen gibt. Auch das Trinkwasser sei verschmutzt.“ Alle Gefangenen haben ausschließlich über ihre Rechtsanwälte Kontakt zur Außenwelt, auch deren Besuche mussten erstritten werden, die Gespräche mit ihnen unterliegen der Militärzensur. Sie haben keinen Kontakt zu anderen Gefangenen über die mit ihnen eng zusammen Gesperrten hinaus, viele sind auch, z.T. seit langem, in Einzelhaft; sie können nicht telefonieren, haben keinen Kontakt zu ihren Familien. Außer dem Koran sind ihnen keine Bücher erlaubt.

Der erste Hungerstreik im Juni/Juli war durch Misshandlungen ausgelöst. Über 200 Hungerstreikende forderten Respekt für ihre Religion, das Recht, ihre Familien zu kontaktieren, Sonnenlicht und vor allem faire Gerichtsverfahren. Sie beendeten ihn, weil ihnen

das Versprechen gegeben wurde, Zugang zu Büchern und Versorgung mit sauberem Wasser in Wasserflaschen zu erhalten. Auch sagte die Regierung zu, Verhandlungen mit einem Gefangenen-Komitee über die Anerkennung der Genfer Konvention zu führen. Offensichtlich war nichts oder fast nichts davon umgesetzt worden, auch die Misshandlungen gingen weiter, und die Vertreter der Gefangenen wurden in Einzelhaft geworfen.

Deshalb begann im August der zweite, nun schon zwei Monate andauernde Hungerstreik. Den Gefangenen geht es vor allem darum, ein faires Gerichtsverfahren zu erreichen. Selbst die US-Behörden geben zu, dass rund ein Viertel der auf Guantanamo Inhaftierten ohne konkrete Verdachtsmomente festgehalten wird.

Anonym bleibende Militärs werden in verschiedenen Medien dahingehend zitiert, dass man befürchte, die Situation nicht mehr „unter Kontrolle“ zu bringen. Anwälte berichten, dass viele Gefangene entschlossen sind, ihr Recht auf einen fairen Prozess zu erkämpfen oder zu sterben. Der Guardian zitiert Binyam Mohammed, einen „Londoner Schuljungen“, mit den Worten: „Ich werde den Hungerstreik nicht beenden, bevor ich entweder tot bin oder unsere

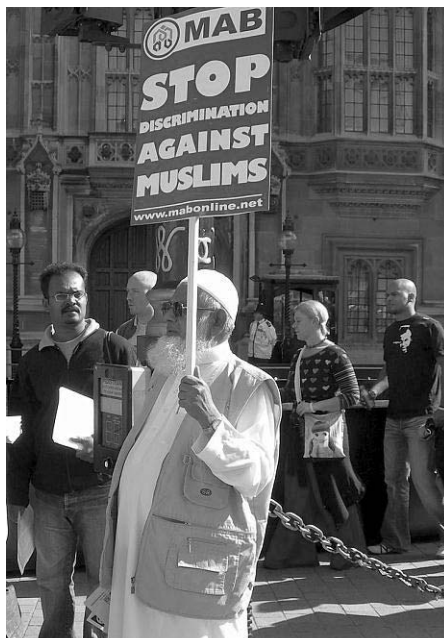


„Ich sterbe an einem Ort wie diesem einen langsamen Tod. Ich habe keine Hoffnung auf faire Behandlung, was habe ich also zu verlieren?“

Rechte respektiert werden. Mit Sicherheit werden Leute sterben. Bobby Sands forderte die britische Regierung auf, die illegitime Inhaftierung von Iren ohne Prozess zu beenden. Er hatte den Mut der Überzeugung und führte den Hungerstreik bis zum Tod. Niemand sollte auch nur einen Augenblick glauben, dass meine Brüder hier weniger Mut haben.“ Ein libyscher Gefangener sagte seinem Anwalt: „Schau, ich sterbe an einem Ort wie diesem einen langsamen Tod. Ich habe keine Hoffnung auf faire Behandlung, was habe ich also zu verlieren?“

scc

Quellen: Artikel in Stern, Deutsche Welle, International Herald Tribune, Guardian, New York Times. Aktuelle Artikel aus US-Zeitungen zum Thema finden sich laufend unter: <http://www.kuwaitifreedom.org/>



Hunderttausende demonstrierten am 24. September in den USA (Bild links) und Großbritannien (Bild rechts) für die sofortige Beendigung des Irak-Krieges. Zwischen 100.000 und 200.000 waren nach Washington gekommen, 50.000 waren in San Francisco, weitere Zehntausende in Los Angeles und Seattle; in London beteiligten sich nach Angaben der Veranstalter ebenfalls rund 100.000. Nicht nur die machtvollen Demonstrationen, auch neue Umfragen verschiedener Institute weisen die zunehmende Kritik am Kriegskurs der US-Regierung und wachsende Kriegsmüdigkeit aus: Demnach halten nur noch 21% einen Sieg der USA im Irak für „sicher“, weitere 22% für „wahrscheinlich“. 55% plädieren dafür, Rückzugspläne zu beschleunigen, 63% unterstützen den vollständigen oder einen Teilerückzug. 54% treten für Kürzung der Ausgaben für die Irak-Besatzung ein. Die Zustimmung für Bush und seine Irak-Politik ist auf 32% gesunken. Mehrere Mitglieder des Kongresses fordern inzwischen einen „Teilerückzug“ bzw. einen genauen Zeitplan für den Rückzug – im nächsten Jahr sind die Wahlen zum Kongress, und die Organisationen der Friedensbewegung haben angekündigt, den Druck auf die einzelnen Kongressmitglieder zu erhöhen. – Die Londoner Demonstranten fordern neben dem Rückzug aus dem Irak vor allem die Respektierung der Menschen- und Bürgerrechte und ein Ende der Diskriminierung der islamischen Gemeinden. (Quelle: ND, Indymedia, Bilder: Indymedia)

Brasilien: VW-Arbeiter im Streik

Die Beschäftigten des größten Volkswagenwerkes im brasilianischen Sao Bernardo do Campo sind am 29. September in einen unbefristeten Streik getreten. Auf einer Protestversammlung, an der mehr als 9.000 der insgesamt 12.000 Beschäftigten teilnahmen, wurde der Streik und als Forderung eine Gewinnbeteiligung in Höhe von 2.070 Euro beschlossen. (Quelle: <http://www.nickscafe.de/randzone>)

Europaweite Gewerkschaftskampagne gegen Heuerdumping auf Fähren

Gewerkschaften aus ganz Europa haben eine organisierte Kampagne gegen die miserable Bezahlung und unmenschlichen Arbeitsbedingungen gestartet, die bei etlichen Fährgesellschaften vorherrschen. In den letzten Monaten waren immer wieder Fälle bekannt geworden, in denen Beschäftigte, meist aus Asien oder aus Osteuropa, bei Arbeitszeiten von 12 Stunden täglich und mehr einen Stundenlohn von 1 Euro und sogar weniger erhielten. In anderen

Fällen wurden Beschäftigte gefeuert, weil sie sich an die Gewerkschaften wandten. Die Gewerkschaften fordern als absolutes Minimum die Auszahlung der in einzelnen Ländern geltenden Mindestlöhne sowie die Einhaltung der UN-Menschenrechtskonvention. (Quelle: ITF)

Korsika: Mit Polizei und Paramilitärs gegen Streikende

Mit massivem Polizeieinsatz ging die französische Regierung gegen streikende Arbeiter vor, die in der letzten Woche den Hafen von Ajaccio auf Korsika und zwei Ölverladestationen im Hafen von



Marseille blockierten. Die Blockaden gehörten zu den Aktionen gegen die drohende Privatisierung der Fährgesellschaft Société nationale Corse-Méditerranée (SNCM). Auch die Flughäfen der Insel wurden blockiert. Korsika war am 30.9. infolgedessen fast vollständig abgeschnitten, 15.000 Touristen saßen fest. Die aufgebrachten Arbeiter forderten die Freilassung von vier Gewerkschaftsvertretern. Diese waren inhaftiert worden, nachdem eine maskierte Sondereinheit der paramilitärischen Gendarmerie eine besetzte Fähre entsetzt hatte. – Die staatliche SNCM, die im vergangenen Jahr 30 Mio. Euro Verlust gemacht hatte, sollte für 35 Mio. Euro privatisiert werden. Der neue Eigentümer hatte angekündigt, 400 von 2.400 Beschäftigte entlassen zu wollen, wobei ausgehandelt war, dass der französische Staat die Kosten der Entlassungen trägt. Dass die SNCM in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es seit über 10 Jahren mit „Corsica Ferries“ einen Billiganbieter als Konkurrenten gibt, mit Regierungslizenz. Aufgrund der heftigen Gegenwehr hat Premier Villepin inzwischen angekündigt, 25% der Fährgesellschaft in staatlichem Besitz halten zu wollen. (Quelle: NZZ, www.labournet.de)

Algerien: Weder Wahrheit noch Gerechtigkeit

Bei einer Stimmbeteiligung von 79,8% haben amtlichen Angaben zufolge 97,4% in einem Referendum Präsident Bouteflikas „Charta für Frieden und nationale Versöhnung“ gebilligt. Diese Charta sieht eine Strafverfolgungsfreiheit bzw. Strafmilderung für Angehörige islamistischer Gruppen vor und verspricht Entschädigungszahlungen für Angehörige der Opfer terroristischer Verbrechen. Trotz des scheinbar eindrucksvollen Ergebnisses kritisieren Menschenrechtsgruppen und Oppositionelle das Referendum. Sie werfen der Regierung nicht nur und auch nicht in der Hauptsache die Manipulation der Zahlen vor. Vor allem kritisieren sie, dass der Versöhnung keine Aufklärung vorausgeht. Die Verantwortlichkeit wollten weder Wahrheit noch Gerechtigkeit. Besonders problematisch ist, dass die Charta die Armee von allen Verbrechen und von ihrer Mitschuld an Entführungen und Tötungen im schmutzigen Krieg gegen die islamistischen Gruppen nach der Annullierung der Parlamentswahlen 1992 freispricht. Während der Referendumskampagne wurden Angehörige von Verschwundenen, die die Aufklärung der Verbrechen forderten und die Mitverantwortung des Staates bekräftigten, festgenommen. (Quelle: [algeria watch](http://algeria.watch))

Zusammenstellung: scc

BERLIN. Bei der zentralen Aktion von UNICEF, Deutschem Kinderhilfswerk und Deutschem Kinderschutzbund zum Weltkindertag haben am 20.9.2005 um Punkt 12 Uhr mehr als 200 Berliner Kinder vor dem Brandenburger Tor getrommelt, um auf die zunehmende Kinderarmut aufmerksam zu machen. „Kinder werden in Deutschland immer mehr zu einer Minderheit, deren Stimme wenig zählt. Wir wollen, dass die Politiker uns zuhören und ihre Wahlversprechen einhalten. Sie müssen mehr für Kinder tun“, sagte Konstantin Stern, 19 Jahre, UNICEF-JuniorBotschafter. Auf ein Kind kommen heute in Deutschland statistisch gesehen 4,4 Erwachsene – und drei Autos. Gleichzeitig wachsen immer mehr Kinder in relativer Armut auf. Nach Schätzungen des Kinderschutzbundes leben inzwischen fast zwei Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland auf Sozialhilfeniveau. Die Beteiligten fordern die neue Bundesregierung auf, mit konkreten Maßnahmen die Kinderarmut in Deutschland deutlich zu senken. www.unicef.de



Naziaufmarsch des Nazis Worch am 1. Oktober in Leipzig verhindert

LEIPZIG. Wegen des antifaschistischen Widerstandes ist Christian Worch erneut mit seinem Plan gescheitert, nach Leipzig-Connewitz zu marschieren. Trotz nasskaltem Wetter hielten 800 bis 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten die Naziroute direkt am Listplatz, dem geplanten Startpunkt der Nazis, für mehrere Stunden besetzt. Die friedliche Blockade führte dazu, dass das traurige Häufchen von etwa 150 Nazis gegen 17 Uhr den Rückweg zum Bahnhof antreten musste, ohne auch nur einen Meter der eigentlichen Marschroute gelaufen zu sein. Aufgerufen hatten zur effektiven Blockade die Initiativgruppe 3. Oktober, Vereinigte Linke Leipzig, Friedensweg e.V., Deutsche Friedensgesellschaft Landesverband Ost, attac Leipzig, linXXnet, Sebstörung e.V., naTo Leipzig, Radio Blau, Initiative engagierte Wissenschaft, Linkspartei, PDS Leipzig, WASG Kreisverband Leipzig / Leipziger Land, Monika Lazar (MdB, Bündnis 90/ Grüne), Prof. Peter Porsch (MdB, Linkspartei Sachsen), Matthias Gärtner (MdB, Linkspartei Sachsen Anhalt, AG Rechtsextremismus), Linke Studentinnengruppe Leipzig, Machtlos e.V., Verein für bezahlbares Wohnen, Petra Weniges (Rechtsanwältin), Stefan Costabel (Rechtsanwalt), Zimmer mit Aussicht.

Während im Vorfeld Sachsens Innenminister und der Leipziger Polizeichef noch ein hartes Durchgreifen gegen eine Blockade androhten, hielt sich am Tag des Aufmarsches selbst die Polizei zurück. www.linxxnet.de/sitzenbleiben

Rheinland-pfälzischer Landtag für Abzug von US-Atomwaffen

MAINZ. Der Landtag unterstützte Bemühungen von Bundes- und Landesregierung, „in Gesprächen mit den amerikanischen Verbündeten einen Abzug der heute noch in Deutschland und Europa

stationierten taktischen Nuklearwaffen zu erreichen“, heißt es in einem am 15.9.2005 mit den Stimmen von SPD und FDP verabschiedeten Antrag. Deutlicher als die Koalitionsfraktionen forderten die Grünen in einem eigenen Antrag den Abzug aller Atomwaffen und verwiesen auf Angaben von Experten, wonach Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland mit US-Atomwaffen sei. Die CDU sprach sich gegen eine öffentliche Diskussion aus, weil dadurch „das transatlantische Bündnis mit seinen komplexen Solidarstrukturen beeinträchtigt werden könnte“.

www.atomwaffenfrei.de

Flüchtlinge fordern „Wir wollen fair und gerecht behandelt werden“

NEUBURG/DONAU. Gegen unmenschliche Bedingungen in der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber demonstrierten am 24.9.2005 rund 100 Betroffene in Neuburg/Donau (Bild). Zuvor hatten 97 Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft Forderungen zur Verbesserung ihrer Unterichtsbedingungen bekräftigt und sie mit ihren selbst produzierten „neubürger nachrichten“ (Auflage 5000) an die Öffentlichkeit gebracht. Wie in allen anderen Lagern, sind die Flüchtlinge in Neuburg auf die staatliche Versorgung mit Essenspaketen angewiesen, die nicht nur unzureichend ist, sondern ihnen auch jegliche Selbstbestimmung nimmt. Die 40 Euro



Taschengeld im Monat werden ihnen unter verschiedenen Vorwänden häufig gekürzt oder ganz gestrichen. Durch Arbeitsverbote und den Grundsatz des „nachrangigen Zugangs“ zum Arbeitsmarkt wird es ihnen praktisch unmöglich gemacht, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Aber auch wer Arbeit findet, hat keine Chance, dem Lagerleben zu entkommen, da es verboten ist, aus den Unterkünften auszugehen. Mit der Residenzpflicht werden sie daran gehindert, den Landkreis zu verlassen: wer ohne Reise genehmigung erwisch wird, zahlt hohe Geldstrafen. Zu den menschenunwürdigen Wohnverhältnissen kommt noch die alltägliche Diskriminierung und Kriminalisierung durch die Behörden.

Am 24. und 25.9. fand auch die 3. Anti-Lager-Tor des No-Lager-Netzwerks statt. 550 Menschen beteiligten sich an der Demonstration in Hesepe/Nds. und 300 kamen zu den Aktionen vor den Lagern in Horst bei Boitzenburg und Schwerin-Görris sowie zur Abschlussdemo in Schwerin. www.carava.net

„Egal, wer regiert: Der Flüchtlingschutz muss verbessert werden!“

BERLIN. Anlässlich des bundesweiten Tags des Flüchtlings am 30. September haben amnesty international (ai) und Pro Asyl ihre Erwartungen an die Flüchtlings- und Asylpolitik der künftigen Bundesregierung vorgestellt. Unabhängig von Koalitionen müsse das Zuwanderungsgesetz dringend geändert werden, im einzelnen fordern sie:

- Unvoreingenommene Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (z.B. stärker an den Gründen als den Umständen der Flucht orientiert)
- Beendigung der völkerrechtswidrigen Praxis des massenhaften Asylwiderrufs
- Unbürokratische Aufnahme von akut gefährdeten Flüchtlingen
- Berücksichtigung der Genfer Flüchtlingskonvention bei der Änderung des Zuwanderungsgesetzes

sowie die Umsetzung beschlossener EU-Richtlinien • Deutliche Verbesserung beim Abschiebungshaftrecht.

Nach Ansicht von Pro Asyl sollte die künftige Bundesregierung auch eine Bleiberechtsregelung für langfristig geduldete Menschen verabschieden.

www.amnesty.de

Hamburger CDU demontiert erneut Volksentscheid zum Wahlrecht

HAMBURG. Der Landesparteitag der Hamburger CDU hat sich am 28.9.2005 mit überwältigender Mehrheit für die erneute Demontage eines Volksentscheides ausgesprochen. Die Delegierten beschlossen weitgehende Änderungen am Hamburger Wahlrecht, das erst im Juni 2004 in einem von Mehr Demokratie e.V. initiierten Volksentscheid grundlegend reformiert wurde. Im Einzelnen will die CDU auf Bezirksebene zu einem reinen Listenwahlrecht zurückkehren und entgegen der Entwicklung in den meisten anderen Bundesländern die kommunale 5%-Hürde wieder einführen. Auf Landesebene soll das Kumulieren und Panaschieren nur dann eine Änderung der von den Parteien vorgeschlagenen Kandidatenlisten zur Folge haben, wenn ein Kandidat ein sehr hohes Mindestquorum an Stimmen erreicht. Der Einfluss des Wahlvolks darauf, welche Kandidaten auf den Listenvorschlägen der Parteien gewählt werden, wird dadurch faktisch beseitigt. Claudine Nierth, Sprecherin des Bundesvorstandes von Mehr Demokratie e.V. kommentiert das Vorgehen der Hamburger CDU wie folgt: „Auf der Bundesebene spricht die CDU derzeit viel von demokratischen Grundregeln, wenn es darum geht, den Anspruch auf die Kanzlerschaft zu rechtfertigen. In Hamburg werden diese Grundregeln zum wiederholten Male mit Füßen getreten. Die Hamburger CDU hat weder Respekt vor dem Volk, das eine eindeutige Entscheidung getroffen hat, noch vor dem seit Jahrzehnten geltenden ungeschriebenen Grundsatz, dass Wahlrechtsänderungen nur im Konsens der Parteien beschlossen werden.“

www.mehr-demokratie.de

Start für Volksbegehren: Mitmach- statt Zuschauerdemokratie!

STUTTGART. Echte Bürgermitsprache in den Gemeinden und Landkreisen fordern über 20 Organisationen (u.a. der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), der Landesverband von Mehr Demokratie e.V.). Mit einer Pressekonferenz im Landtag von Baden-Württemberg gaben sie jetzt den Startschuss für die Unterschriftenaktion zum Zulassungsantrag für ein entsprechendes Volksbegehren. DGB-Landeschef Rai-

ner Bliesener, einer der Sprecher des Bündnisses, sieht als Ziel eine „Mitmach- statt einer Zuschauerdemokratie“ in den Kommunen. Dr. Stefan Rösler vom NABU erläuterte, stellvertretend für viele Bündnisorganisationen, warum für ihn faire Bürgerentscheide eine Stärkung des Ehrenamtes in unserer Gesellschaft bedeuten: „Sie ermöglichen dem Einzelnen vor Ort, sich an der Gestaltung des Gemeinwesens zu beteiligen!“ Am 24.9.2005 startete der Mehr-Demokratie Bus seine Tour durch zwanzig Städte im Ländle, um Unterschriften zu sammeln. Informationen über die Ziele des Bündnisses, die Stationen der Bustour oder auch über mögliche Ansprechpartner findet man im Internet: www.buergerentscheid-bw.de

„Pace stört nicht den Hausfrieden“ Gegen Bundeswehr-Gelöbnisfeier

KÖLN. Der Bundeswehr-Einsatz am Kölner Dom hat sich als relatives Desaster für die Truppe erwiesen. Die Propaganda-Show an der Heimatfront mit Soldatengottesdienst, Rekrutengelöbnis und Großem Zapfenstreich ging nicht ohne antimilitaristische Kommentare über die Bühne. Die 3 Mitglieder von Die Linke.PDS/Offene Liste, Gruppe im Rat der Stadt Köln, erklärten am 26.9.2005: „Am 21. September haben wir drei Mitglieder des Rates der Stadt Köln während des Gelöbnisses der Bundeswehr auf dem Roncalliplatz auf der Ehrentribüne mit einem T-Shirt mit der Aufschrift „GelöbNix“ und einer Regenbogenfahne mit der Aufschrift „Pace“ (Frieden) unseren Protest gegen das martialische Ritual deutlich



gemacht (Bild). Seit 50 Jahren hat es in Köln einen solchen Aufzug nicht gegeben. In Gesprächen mit einem Vertreter der Standortkommandatur, mit dem Oberbürgermeister, im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und dann auch mit einem Antrag im Rat der Stadt Köln haben wir versucht, diesen „Traditionsbruch“ zu verhindern. Besonders empört waren wir, als die gesamten Feierlichkeiten vom 22. auf den 21. September, dem internationalen Weltfriedenstag, verlegt wurden. Wer uns kennt, weiß, dass wir auch andere Meinungen respektieren und die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem konservativen Lager suchen. Mit dem Gelöbnis und dem Zapfenstreich wurde das friedliche Zusammenleben in der Stadt provoziert und beschädigt. Deshalb war für uns ziviler Ungehorsam die erste Einwohnerpflicht.“

www.arbeiterfotografie.de/galerie

20.000 Bürger protestieren gegen den Landesentwicklungsplan

FRANKFURT A.M. BUND und Bündnis der Bürgerinitiativen übergaben am 26.9.2005 dem Hessischen Wirtschaftsminister kistenweise den Protest der Bürger gegen die Festschreibung des Flughafenausbaus im „Landesentwicklungsplan“, der die Rhein-Main-Region nicht fördern sondern in eine vom Flughafen abhängige Monostruktur verwandeln soll. Im LEP 2000 hatte die Hessische Landesregierung versucht, den gigantischen Ausbau „von oben herab“ zu verordnen. Das wurde gerichtlich untersagt. Die neue Fassung, die inhaltlich allerdings praktisch die alte ist, kann nur Gesetzeskraft erlangen, wenn die Bürger in einem öffentlichen Verfahren ordnungsgemäß an ihrem Entstehen beteiligt werden. Im Wissen darum, dass die Menschen in der Rhein-Main-Region durch den Ausbau erhebliche Nachteile erfahren werden, wollte die Hessische Landesregierung deren Beteiligung möglichst verhindern. Die erforderliche Bekanntmachung wurde auf die Amtsblätter beschränkt, die kaum ein Bürger kennt, geschweige denn liest. Auf die erforderliche allgemein verständliche Darstellung und Begründung der Planungsziele und deren Auswirkung wurde ganz verzichtet. Gegen diese Behinderung der Bürgerrechte haben der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und das Bündnis der Bürgerinitiativen „Kein Flughafenausbau – Für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr“ (BBi) eine Beteiligung der Bürger organisiert. Viele Bürger haben direkt eine Einwendung geschickt, die meisten der mindestens 20.000 Einwendungen gegen die Festschreibung der Ausbauplanungen wurden nun übergeben.

<http://bbi.unser-forum.de>
Zusammenstellung: baf

Eines der wichtigsten Einzelergebnisse des PDS/WASG-Wahlkampfes in den westlichen Bundesländern ist das Hamburger Wahlergebnis. Der Einzug eines Kandidaten über die Landesliste in den Bundestag und damit verbunden die Darstellung einer aussichtsreichen Basis für den Wahlkampf um die Bürgerschaft und die kommunalpolitisch wichtigen Beziwerksvertretungen setzten neue Maßstäbe für die Entwicklung politischer Kritik und Programmatik. Wir dokumentieren zwei Artikel zur Auswertung aus Hamburg aus dem Landesinfo der Linkspartei.

Aus dem Landesinfo der Linkspartei. PDS Hamburg (1)

Das Bundestagswahlergebnis und die Linkspartei.PDS

Das Wahlergebnis auf Bundesebene

Die Bundestagswahl 2005 hat ein gegenüber den Prognosen eine Überraschung gebracht, da CDU und SPD fast gleich stark sind und ein schwarz-gelbes Regierungsbündnis nicht möglich ist.

Tabelle 1. Vorläufiges amtliches Wahlergebnis Bundestagswahl 2005

Partei	Ergebnis 2005	Ergebnis 2002
SPD	34,3	38,5
CDU	35,2	38,5
Grüne	8,1	8,6
FDP	9,8	7,4
Linkspartei	8,7	4,0
Sonstige	3,9	2,8

Die CDU hat einen sicher geglaubten Sieg auf der Zielgeraden verspielt, was zu einem großen Teil auf die von den Wählern erwartete soziale Zuspitzung unter einer Regierung Merkel zurückgeführt werden muss. Dieses wird deutlich, wenn man die wahlentscheidenden Themen nach der Parteienpräferenz aufschlüsselt. Die Wähler der SPD (45 v. H.) und vor allem der Linkspartei (60 v. H.) haben die soziale Gerechtigkeit als wichtigsten Grund für ihre Wahlentscheidung angegeben.

Für die Wähler von CDU und FDP hat die soziale Gerechtigkeit mit einem Anteil von 17 bzw. 16 v. H. nur eine untergeordnete Bedeutung. Sie präferieren mit einem Anteil von über 50 v. H. die Wirtschaftspolitik als entscheidendes Kriterium. Auch wenn für die Wähler der Grünen der Umweltschutz mit 51 v. H. am wichtigsten ist, hat die soziale Gerechtigkeit mit einem Prozentanteil von 41 v. H. einen hohen Stellenwert für diesen Personenkreis (siehe dazu: <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv>).

Es geht um eine gerechte und solidarische Herangehensweise bei der Lösung der gegenwärtigen Probleme. Die Position der Union, mit einer die Wohlhabenden begünstigenden Flat-Tax und dazu im Gegenzug alle Ausnahmevergünstigungen bei Arbeitnehmern streichen zu wollen, um die Finanzprobleme des Staates zu lösen, ist bei einem großen Teil der Bevölkerung auf wenig Gegenliebe gestoßen und dürfte das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung negativ berührt haben. Ebenfalls dürfte den Wählern die geplante Ein-

schränkung des Kündigungsschutzes und die Förderung betrieblicher Bündnisse auf Kosten des gewerkschaftlichen Schutzes nicht gefallen haben.

Die Linkspartei hat diesmal ihre Zuschreibung als Partei der sozialen Gerechtigkeit in Wählerstimmen umsetzen können. Sie hat nicht nur ihre Zweitstimmen gegenüber der Bundestagswahl 2002 verdoppeln können, sondern hat bei den Wählergruppen, die besonders auf die Frage der sozialen Gerechtigkeit abstellen, an Glaubwürdigkeit gewonnen, da sie von 23 v. H. der Arbeitslosen und 12 v. H. der Arbeiter gewählt worden ist.¹

Diese Umsetzung der Kompetenzzuschreibung in Wählerstimmen ist für die Linke.PDS nicht selbstverständlich, da sie bis zur Bundestagswahl 2005 nur in den neuen Bundesländern eine relevante politische Kraft gewesen ist und in den alten Bundesländern nur eine marginale Bedeutung gehabt hatte.

personelle Alternativen in den westlichen Landesverbänden zurückgeführt worden (Michael Brie: Ist die PDS noch zu retten? RLS-Standpunkte 3/2003 S. 36). Bei der Bundestagswahl 2005 ist die Westschwäche durch die Kandidatur der WASG auf den offenen Listen der Linkspartei kompensiert worden, denn das Erreichen der 5-Prozent-Hürde wurde nur um 0,1 Prozentpunkte verfehlt, was u.a. auf die Aufholjagd der SPD und der Zweitstimmenkampagne der Grünen zurückgeführt werden kann.²

Auf Grund des Gesagten kann es nicht verwundern, dass die Linkspartei fast die Hälfte der Stimmenzuwächse von den Sozialdemokraten gewonnen hat und etwa 20 Prozent der Stimmengewinne aus dem Nichtwählerbereich geholt werden konnten.

Das Wahlergebnis in Hamburg

Das Hamburger Wahlergebnis unter-

Tabelle 2. Bundestagswahlergebnisse der PDS 1990 – 2005

Wahl	1990	1994	1998	2002	2005
Gesamt	2,4	4,4	5,1	4,0	8,7
Ost	11,1	19,8	21,6	16,9	25,4
West	0,3	1,0	1,2	1,1	4,9

Während die PDS im Osten bis zum Jahr 2002 partiell von jedem fünften Wähler gewählt worden ist, konnte sie in den alten Bundesländern nur 1 Prozent der Wähler für sich gewinnen.

Die Schwäche der PDS im Westen ist häufig genug benannt und auf sektiererische Tendenzen und unzureichende

scheidet sich in mehrfacher Hinsicht von dem bundesdeutschen Ergebnis. Die SPD ist mit 38,7 v. H. deutlich vor der CDU gelandet, die nur auf 28,9 v. H. kam. Auch die Hamburger GAL hat mit 14,9 v. H. ein überdurchschnittliches Wahlergebnis erzielt. Die Linkspartei.PDS hat mit 6,3 v. H. der Stimmen ein für die alten Bundesländer überdurchschnittliches Wahlergebnis erreicht und erstmalig die 5-Prozent-Hürde in dieser Stadt übersprungen.

Wird das Wahlergebnis in seiner sozialräumlichen Dimension analysiert, muss vorher erwähnt werden, dass zwar das Wahlergebnis auf Stadtteilebene analysiert werden kann, das Verhalten der einzelnen Wählergruppen in den Stadtteilen aufgrund des „ökologischen Fehlschlusses“ aber nicht sicher bestimmt werden kann, sondern nur von einer Plausibilität der Ergebnisse gesprochen werden sollte. Darüber hinaus muss erwähnt werden, dass die Stimmenanteile der Parteien auf Stadtteilebene nur die Urnenwähler repräsentieren und es daher zu leichten Veränderungen gegenüber dem Gesamtergebnis kommen kann.



Zur Ermittlung des sozialen Status der Stadtteile wird die regionalisierte Lohn- und Einkommenssteuerstatistik aus dem Jahr 1995 herangezogen, die aufgrund von Verzögerungen in der Datenaufbereitung noch immer die aktuellste ist. In diesem Rahmen unterscheiden wir zwischen Niedrigeinkommensgebieten (Einkommen geringer als 75 Prozent des Hamburger Durchschnitts) und wohlhabenden Stadtteilen (Einkommen höher als 25 Prozent des Hamburger Durchschnittseinkommens).

Tabelle 3. Stimmenanteil der Parteien in ärmeren und wohlhabenden Stadtteilen

Partei	Ärmere Stadtteile	Wohlhabende Stadtteile
SPD	43,3	31,4
CDU	19,4	33,9
Grüne	18,0	16,8
Linkspartei	9,4	4,2

Die Grünen sind die einzige Partei, die kaum auf die veränderte Einkommensstruktur der Stadtteile reagiert. SPD und Linkspartei sind in den Niedrigeinkommensgebieten deutlich stärker als in den wohlhabenden Stadtteilen, während die CDU in diesen Gebieten fast 10 Prozentpunkte unter ihrem Hamburger Wahlergebnis bleibt.

In den bundesdeutschen Dienstleistungsmetropolen spielt sich ein großer Teil der Freizeitaktivitäten in den innerstädtischen Wohngebieten ab. In diesen Stadtteilen leben viele gut ausgebildete jüngere Menschen, die häufig eine linksliberale politische Einstellung haben. Um zu überprüfen, ob die Linkspartei in diesen Gebieten ein überdurchschnittliches Wahlergebnis erreicht hat, greifen wir auf ein Modell des Statistikamtes Nord zurück, welches die Stadtteile kreisförmig um die Stadtmitte herum anordnet. Zum Gebiet der „Inneren Stadt“ gehören somit Stadtteile, die sich ringförmig um die Stadt-

mitte gruppieren. An die „Innere Stadt“ schließen sich der äußere und dann der mittlere Ring an.

Tabelle 4. Wahlergebnis nach urbanen Kategorien

Partei	Innere Stadt	Mittlerer/ Äußerer Ring
SPD	37,9	40,4
CDU	20,6	29,3
Grüne	23,0	12,7
Linkspartei	7,9	5,9

Die Linkspartei. PDS erzielt in der „Inneren Stadt“ ein überdurchschnittliches Resultat. Es liegt aber unter dem Ergebnis, welches die Linkspartei in den Niedrigeinkommensgebieten erzielt. Demgegenüber hat die GAL in den innerstädtischen Gebieten ein deutlich überdurchschnittliches Wahlergebnis erzielt und kann als Partei des „urbanen Milieus“ bezeichnet werden. Die GAL erreicht in den Gebieten der „Inneren Stadt“ einen Anteil von 41,7 v. H. aller in den Hamburger Stadtteilen erzielten Stimmen, obwohl die Anzahl der gültigen Stimmen in diesen Gebieten nur 28,3 v. H. beträgt.

Die PDS erreichte bei der Bundestagswahl 2002 einen ähnlichen Wert, da sie 46,4 v. H. aller Stimmen in diesen Gebieten erzielt hatte. Hält man sich jetzt vor Augen, dass die Linkspartei. PDS bei der Bundestagswahl 2005 nur noch 34,5 v. H. aller Stimmen in diesen Stadtteilen holt, wird die Veränderung bei dieser Wahl deutlich. Auf der sozialräumlichen Ebene hat die Linkspartei die Beschränkung auf das „urbane Milieu“ überwunden, denn sie hat in fast allen Hamburger Stadtteilen die 5-Prozent-Hürde übersprungen.

Als Mangel muss allerdings angesehen werden, dass die Linkspartei bei den Jungwählern unterrepräsentiert ist. Der typische Linksparteiwähler in Hamburg ist männlich und zwischen 45 und 59 Jahren. Demgegenüber ist der typische Wähler der Grünen zwischen 25 und 44 Jahren, wobei keine Unterschie-

de zwischen den Geschlechtern zu bemerken sind.

Zusammenfassung

Die Linkspartei hat durch das Prinzip der offenen Listen die 5-Prozent-Hürde problemlos genommen. Die von Gregor Gysi und Andre Brie oft angeführte kulturelle Fremdheit der PDS im Westen ist durch die Kandidatur von Oskar Lafontaine und anderen WASG-Mitgliedern zu einem großen Teil kompensiert worden. Die Linkspartei. PDS hat durch das Prinzip der offenen Listen und anvisierte Vereinigung auch in den neuen Bundesländern ihr bestes Wahlergebnis bei Bundestagswahlen erzielt. Vergleicht man das Wahlergebnis in Ost- und Westdeutschland mit den jeweiligen Umfragewerten vor der Bundestagswahl, fällt auf, dass die Linkspartei. PDS in beiden Teilgebieten ihr Wählerpotenzial noch nicht ausgeschöpft hat und von daher noch politischer Spielraum besteht.

In Hamburg hat die Linkspartei die 5-Prozent-Hürde deutlich übersprungen. Bei dieser Wahl hat die Linkspartei ihre Beschränkung auf das urbane Milieu überwunden und hat in den meisten Stadtteilen die 5-Prozent-Hürde übersprungen. Als Nachteil muss angesehen werden, dass die Linkspartei. PDS von den Jungwählern nur mäßig angenommen wird. Dieser Personenkreis wendet sich stark der GAL zu, weshalb die Linkspartei darüber diskutieren sollte, warum die GAL so attraktiv für junge Wählergruppen ist. *Michael Hartwig*

1 Dieses Ergebnis verweist andererseits auf das Problem der geringen Akzeptanz der Linkspartei bei den modernen Arbeitnehmerschichten. Diese Gruppe hat zu einem großen Teil die Grünen gewählt. Da für die Wähler der Grünen die soziale Gerechtigkeit ebenfalls wichtig ist, sollte sich die Linke mit dem Gerechtigkeitsbegriff der Grünen auseinandersetzen und mit diesem Klientel in einen Dialog eintreten.

2 Die Linkspartei hat in den westlichen Bundesländern Hamburg, Bremen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland die 5-Prozent-Hürde übersprungen.

Aus dem Landesinfo der Linkspartei. PDS Hamburg (2)

„Für die linke Opposition gibt es viel zu tun“

Obwohl sich schon vor dem Wahltag abzeichnete, dass entgegen frühen Umfragen eine Mehrheit für Schwarz-Gelb keineswegs sicher sein würde, überraschten die Ergebnisse dann doch: Das bürgerliche Lager hat mit zusammen 45% die Mehrheit deutlich verfehlt. Rot-Grün übertraf die besten Umfragewerte weit, verfehlte aber mit zusammen 42,4% die Mehrheit noch deutlicher als Schwarz-Gelb. Zu den diversen Gründen ist in dieser Ausgabe des Landesinfos schon einiges geschrieben

bzw. dokumentiert worden. Hinzuzufügen ist, dass die Konservativen auch deshalb verloren, weil sie ihre Absichten und Zielsetzungen einigermaßen offen legten, während Rot-Grün das relativ gute Ergebnis wesentlich der Tatsache verdankt, dass es beiden Parteien und vor allem der SPD in einer fast schon beispiellosen Kampagne gelungen ist, die Wählerinnen und Wähler über ihre Vorhaben zu täuschen. Nebenbei: Schröder scheint sich in seiner Täuschungskampagne so verfangen zu ha-

ben, dass er selbst das Wahlergebnis umlügt und den zukünftigen Kanzler gibt – eine Rolle, die er nach Lage der Dinge nur durch nachträglich wirkende Änderung der Bundestagsgeschäftsordnung und durch mehr oder stillschweigende Duldung aus der Linkspartei wird spielen können. Es ist dringend zu hoffen, dass unsere Fraktion sich vor diesen Schröderschen Karren nicht spannen lässt.

Obwohl Rot-Grün zusammen mit der Linkspartei eine Mehrheit hätte, fällt es

schwer, von einer Mehrheit links des bürgerlichen Lagers zu sprechen. Das mag für Wählerinnen und Wähler von Rot-Grün zutreffen, wofür sich im Artikel von Michael Hartwig einige Indizien finden lassen, für die Parteien, SPD und Grüne, jedoch nur ganz bedingt. Es ist bei weitem nicht zu erkennen, in welcher Politik, in welchen Projekten sich eine solche „linke Mehrheit“ realisieren könnte, wenn und solange Rot-Grün an der ausgrenzenden, entsolidarisierenden, repressiven und militarisierten Politik festhält.

Das heißt nicht, dass wir es jenseits der Linkspartei mit einem einheitlichen „neoliberalen Block“ zu tun haben. Ich halte die differenzierte konzeptionelle Auseinandersetzung mit Rot, Grün, Gelb und Schwarz für notwendig, auch deshalb, weil wir von der Kritik der herrschenden Politik zur Entwicklung eigener gut durchdachter und begründeter, gesellschaftliche Veränderung und Emanzipation fördernder Alternativen noch viele Schritte machen müssen.

Im Folgenden soll stichwortartig und exemplarisch beleuchtet werden, wie sich die Wahlergebnisse und die dadurch bedingten unterschiedlichen Versuche, Regierungsmehrheiten zu bilden, in einigen (begrenzten) politischen Feldern niederschlagen bzw. was sie für weitere Entwicklungen bedeuten und damit natürlich auch für anstehende parlamentarische und außerparlamentarische Auseinandersetzungen.

Arbeitsmarktpolitik

Der Bewertung „Agenda 2010 abgewählt“, wie sie in der Überschrift der WASG-Stellungnahme zum Ausdruck kommt, kann ich nicht folgen. Eine Änderung des Hartz-IV-Kurses ist ja nicht in Sicht. Im Gegenteil dürften selbst kleine Verbesserungen wie eine leichte Anhebung des ALG II oder die Angleichung von Ost und West entfallen. Auch wird die von Rot-Grün beschlossene kürzere Dauer des Arbeitslosengeldes von bisher max. 32 auf grundsätzlich 12, max. 18 Monate wie geplant am 2.1.06 in Kraft treten, gleich welche Koalition sich bildet. Der soziale Absturz für Beschäftigte, die ihren Job verlieren, wird also steiler und führt sie schneller nach unten.

Auf der Strecke bleiben dürften auch die von Rot-Grün angekündigten Mindestregelungen für Löhne, z.B. durch Ausweitung des Entsendegesetzes. Diese Ankündigung der SPD war allerdings ohnehin mehr Spektakel als ernsthafte Absicht, zumal nicht nur Union und FDP, sondern auch SPD und vor allem Grüne einer weiteren Ausdehnung des Niedriglohnssektors das Wort reden, ungeachtet aller Warnungen der Wohlfahrtsverbände vor einer sich rasch ausdehnenden „Zone der Prekarität“.

Eines der wichtigsten Ergebnisse für

die Gewerkschaften dürfte allerdings sein, dass es für den von Union und FDP angekündigten Großangriff auf Arbeitnehmerrechte in den Betriebe und die Rechte der Gewerkschaften – Einschränkung des Kündigungsschutzes, Rücknahme der rot-grünen Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und weitere Schwächung der Betriebsräte, Änderung des Tarifvertragsgesetzes, „betriebliche Bündnisse“ für Löhne weit unter Flächentarif und Arbeitszeiten weit darüber – kein Mandat erteilt wurde. Das heißt nicht, dass die Angriffe von Seiten der Unternehmer nicht weitergehen; aber die entsprechenden angekündigten Gesetzesvorhaben haben erst mal keine parlamentarische Mehrheit.

Umbau des Sozialstaates

Alle Politikberater der verschiedenen Lager sind sich einig, dass bei den Sozialversicherungen der begonnene Umbau fortgesetzt werden soll. Auch über die Richtung herrscht weit reichende Übereinstimmung: Der Finanzierungsanteil über den Lohnabzug soll reduziert, direkte Zahlungen (Eigenbeteiligungen aller Art) und die Finanzierung über die öffentlichen Haushalte, also über die Steuer, sollen erhöht werden.

Bei der Rentenversicherung konnte man in der Fernsehshow vor der Wahl schon die große Übereinstimmung zwischen Merkel und Schröder beobachten. Der Rentenbeitrag aus Lohnabzug soll konstant bleiben, die Anreize, dass jeder, der kann, eine kapitalgedeckte Rentenversicherung abschließt, sollen erhöht werden. Das faktische Renteneintrittsalter soll erhöht werden, das gesetzliche vorerst wohl nicht. Die Rentenhöhe wird einstweilen belassen; bei den Frauen ist die gesetzliche Durchschnittsrente von ca. 600 Euro erbärmlich niedrig.

Größer scheinen die Differenzen zwischen Rot-Grün / Schwarz-Gelb im Hinblick auf die Finanzierung der Gesundheitskosten: Dem Modell der Bürgerversicherung bei Rot-Grün (alle sollen einzahlen, weitere Einkunftsarten werden hinzugezogen) steht das Modell der Prämie (Kopfpauschale) von Schwarz-Gelb gegenüber (jeder zahlt den gleichen Beitrag, Einkommenslose und Niedrigverdiener werden subventioniert). Beide Modelle sind aber nicht bis ins letzte Detail durchgerechnet und in den jeweiligen Lagern nicht unumstritten. Als „Koalitionskompromiss“, der den Zweck der Senkung der Bruttolohns verfolgt, zeichnet sich wahrscheinlich die Deckelung oder gar Senkung der Arbeitgeberbeiträge ab, eventuell gegenfinanziert durch eine erhöhte Ökosteuer oder Mehrwertsteuer – hier sind Spielwiesen für verschiedene Koalitionsoptionen vorhanden. Dazu könnte, je nach Kombination der politischen Kräfte, eine Erhöhung der „Eigenver-

antwortung“ kommen. Die Erfahrungen mit der 10-Euro-Praxis-Gebühr, die offensichtlich zu einem Rückgang der Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen (durch ärmere Bevölkerungsteile) geführt hat, ließen sich übertragen auf die Einführung eines Karenztages bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit: Auch das würde die Bruttolohnkosten noch einmal senken.

Autoritärer Staat und Kulturkampf

Auf einer Wahlveranstaltung der Schura (Rat der islamischen Gemeinschaften) sagte deren Vorsitzender voll Bitterkeit, dass viele Muslime, die z.T. seit Jahrzehnten hier leben und eigentlich nicht vorhatten, in ihre bzw. ihrer Eltern Herkunftsländer zurückzukehren, inzwischen „auf gepackten Koffern sitzen“. Man kann sich als nicht unmittelbar Betroffene wahrscheinlich kaum ausmalen, welch ein Vertreibungsdruck auf den rund 3 Millionen Menschen mit islamisch geprägten kulturellem Hintergrund lastet und wie dieser Druck noch zunehmen wird, wenn die Union an die Regierung kommt. Die von ihr in Sachen EU-Beitritt der Türkei geführte Auseinandersetzung um die kulturelle Abgrenzung „Europas“ ist das Wetterleuchten eines forcierten Kulturkampfs. Die betriebene Ausweitung des Kopftuchverbots – zum einen territorial (auf NRW), zum anderen auf weitere Berufsgruppen (Erzieherinnen in Baden-Württemberg) – sind Donnerschläge eines Leitkulturwahns, der andere Kulturen nur als reprimierte, an den Rand gedrängte duldet, wenn überhaupt. Einschlägige Dokumente und Positionspapiere der Union, die unter der Fahne der Bekämpfung des „politischen Islam“ auf totale Kontrolle, Überwachung, Repression und Ausgrenzung der islamischen Gemeinden hinsteuern, finden wenig kritische Öffentlichkeit und noch weniger Widerstand. Aber sie wirken, und derlei Konzeptionen dienen als hauptsächliche Begründung für den beabsichtigten Ausbau des staatlichen Repressionsapparates und immer neue Angriffe auf die Bürgerrechte, für Forderungen wie Einsatz der Bundeswehr im Innern, Sicherungsgewahrsam für „gefährliche Ausländer“ und Sanktionen gegen angeblich nicht Integrations-, tatsächlich nicht Assimilationswillige.

Auf diesem Feld findet die CDU/CSU bei der SPD in Teilen Ähnlichgesinnte, in anderen Teilen keine Widerstandskraft. Schon in diesen kurzen Andeutungen ist erkennbar, dass die oppositionelle Fraktion der Linkspartei mit Gesetzesinitiativen in der ein oder anderen Frage über die eigenen Grenzen hinauskommen kann. Klar wird aber auch, dass im Kampf um die öffentliche Meinung für emanzipatorische Alternativen das gesamte Linksbündnis auf allen Ebenen gefordert ist.

Gemeindefinanzbericht 2005

BERLIN. Die nach wie vor kritische Finanzlage vieler Städte erlaubt nach Auffassung des Deutschen Städtetages keine unkalkulierbaren Experimente an der Gewerbesteuer. Städtetagspräsident Ude bezog sich damit nicht nur auf die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen in Berlin, sondern besonders auf das zur Zeit diskutierte Modell der Stiftung Marktwirtschaft. Danach soll die Gewerbesteuer durch eine rein gewinnabhängige Unternehmenssteuer und eine Beteiligung der Gemeinden an der Lohnsumme ersetzt werden. „Die Städte erwarten von den künftigen Koalitionspartnern im Bund, dass sie sich diesen Vorschlag auf keinen Fall zu eigen machen.“ Das Konzept der Stiftung demontiere die elementaren Entscheidungsrechte der Kommunen über die Höhe ihrer wichtigsten Steuer dramatisch. Das im Grundgesetz festgelegte Hebesatzrecht der Kommunen verkümmere in dem Modell zur Bedeutungslosigkeit. Außerdem würden Belastungen von Unternehmen auf die Bürgerinnen und Bürger verlagert.

Der neue Gemeindefinanzbericht mit dem Titel „Keine Entwarnung trotz gestärkter Gewerbesteuer“ weist aus, dass die Kommunen 2005 im Vergleich zum Vorjahr mit einem Anstieg ihres Jahresdefizits von 3,8 auf 5,8 Milliarden Euro rechnen müssen. Noch alarmierender sind die dauerhaften strukturellen Defizite in den Verwaltungshaushalten: Trotz der Zuwächse der Gewerbesteuer in 2004 konnten die Städte ihre Defizite in den Verwaltungshaushalten nicht reduzieren: Sie summierten sich 2004 allein bei den Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages auf rund 9,1 Milliarden Euro und verharrten damit auf der Rekordhöhe von 2003. „Die hohen Defizite der Kommunen sind besorgniserregend, ihre Sozialausgaben steigen und steigen, ihre Investitionen stagnieren auf niedrigem Niveau. Nicht nur die Städte selbst brauchen hier eine Trendwende. Unser ganzes Land würde von leistungsfähigeren Städten profitieren. Die Kommunen sind der größte öffentliche Investor und könnten mit mehr Investitionen einen wichtigen Beitrag für Wachstum und Arbeitsplätze leisten.“

Ude zog aus den Daten des Gemeindefinanzberichts das Fazit, weder jahrelange strikte Haushaltskonsolidierung noch gestiegene Einnahmen aus der Gewerbesteuer hätten die Stadthaushalte sanieren können.

„Die neue Bundesregierung muss endlich eine Gemeindefinanzreform verwirklichen, die die Finanzkraft der Städte stärkt und ihre Einnahmen verstetigt.“

Der für 2005 erwartete Anstieg des kommunalen Jahresdefizits auf 5,8 Milliarden Euro resultiert vor allem daraus, dass die Länder ihre Entlastungen durch Hartz IV bislang nicht in voller Höhe an die Kommunen weitergeben und dass sie außerdem ihre laufenden Zuweisungen an die Kommunen deutlich geringer anheben, als sie dies aufgrund von Hartz IV tun müssten.

Die Einnahmen der Kommunen stagnieren im Zehn-Jahres-Vergleich. 2004 lagen die Einnahmen mit 145,34 Milliarden Euro nur geringfügig über denen des Jahres 1994 in Höhe von 144,59 Milliarden Euro. 2005 werden sich die Einnahmen voraussichtlich leicht um 1,2 Prozent verbessern. Die Ausgaben der Kommunen sind im Zehn-Jahres-Vergleich nicht gestiegen. 2005 wird vor allem durch Hartz IV ein Ausgabenanstieg um 2,5 Prozent erwartet.

Die Investitionen in den Kommunalhaushalten sind dramatisch abgerutscht.

Sie liegen inzwischen um über 40 Prozent niedriger als 1992. 2005 ist eine Stagnation zu erwarten, die Trendwende bleibt erneut aus. Die Sozialausgaben der Kommunen sind dramatisch in die Höhe geklettert.

Seit 1992 stiegen die Sozialausgaben trotz der Entlastungen durch die Einführung der Pflegeversicherung um mehr als 45 Prozent. Die Kassenkredite der Kommunen sind explodiert.

Das zeigt, wie stark die Städte laufende Ausgaben auf Pump finanzieren müssen. 1992 lagen die Kassenkredite noch bei 1,2 Milliarden Euro, Ende 2004 waren es 20,2 Milliarden Euro.

Die Einnahmen der Kommunen sind 2004 um 2,8 Prozent gestiegen, 2005 wird ein leichter Zuwachs von 1,2 Prozent erwartet. Nachdem 2004 ein starkes Plus bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen war – die Kommunen mussten auch erstmals seit dem Jahr 2000 nicht mehr als 20 Prozent von der Gewerbesteuer an Bund und Länder abführen (Gewerbesteuerumlage) – wird 2005 nur mit einem leichten Anstieg des Gewerbesteueraufkommens um 3,7 Prozent gerechnet.

Der Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer ging dagegen 2004 um 6,3 Prozent zurück und wird auch 2005 im fünften Jahr in Folge sinken, diesmal um voraussichtlich 3,1 Prozent.

Seit dem Jahr 2000 sind die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um über 3,3 Milliarden Euro gesunken.

Details des Gemeindefinanzberichts vom 29.9.2005 und Beschluss des Städtetags zum Steuerkonzept der Stiftung Marktwirtschaft: www.staedtetag.de – ulj

Kommunale Politik

Eine kurze Bewertung der bundesweiten „LIDL-Kundenwoche“:

ver.di – Kundenwoche erfolgreich!

MÜNCHEN. Zehntausende Kunden und eine breite Öffentlichkeit haben sich bei der Lidl-Kundenwoche von ver.di mit Verkäufer/innen in der Billig-Kette solidarisiert. Mit tollen Aktionen konnten wir auch in München, Rosenheim und Freising vor vielen Filialen sehr viele Kunden erreichen. Diese begrüßten fast alle unsere Aktion. Viele Kunden hatten bereits über die Medien von der Kundenwoche gehört.

Als ver.di wollen wir weiterhin mit unseren Bündnispartnern die rund 40 000 Beschäftigten ermuntern, ihre Rechte einzufordern und in den 2 600 Filialen Betriebsräte zu wählen. Bei den Kunden wurden die ver.di-Aktionen durchweg positiv aufgenommen. Neben München fanden in zahlreichen Städten



Filial-Aktionen, Kundenstände und Lesungen aus dem Schwarzbuch Lidl statt. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer machte in Berlin deutlich, dass für alle Mitglieder der Gewerkschaften wichtig sei, dass bei Lidl Grundrechte von Arbeitnehmer/innen nicht ausverkauft werden. Unterstützt wurde ver.di von kirchlichen Arbeitnehmerorganisationen, attac, Hochschulgruppen und weiteren gesellschaftlichen Gruppen.

Über 3 Millionen Kundenkarten hatte ver.di bundesweit an Mitglieder und Kunden zur Abgabe in den Filialen ausgeteilt. Eine grosse Mehrheit der Kunden und viele Lidl-Verkäufer/innen begrüßten, dass ver.di die Arbeitsbedingungen der Lidl-Beschäftigten zum Thema macht. In zahlreichen Filialen wiesen Lidl-Verkäufer/innen zeitweilig die Karten zurück: sie dürften oder wollten die Karten nicht annehmen, berichteten eine Reihe enttäuschter Kunden. Im Laufe der Woche berichteten Lidl-Verkäufer/innen aus unterschiedlichen Filialen von Anweisungen der Führungskräfte, Standardantworten auf die Fragen von Kunden zu erteilen. ver.di-Aktive wurden in einer Reihe von Städten (so wie in München, Rosenheim

Die gewerkschaftliche Debatte um den gesetzlichen Mindestlohn
EDELTRAUT ROGÉE, stellvertretende Landesbezirksleiterin ver.di Sachsen-Anhalt, MdL Sachsen-Anhalt

MODERATION: BARBARA BORCHARDT, VOLPERT BEYER

Forum 3 Grenzenloser Wettbewerb – begrenzte Solidarität? Sind „global unions“ ein Ausweg?

Nirgendwo scheint die europäische Integration langsamer voranzukommen als beim gemeinsamen Handeln der Gewerkschaften. Nur das gegenseitige Herunterkonkurrieren der Standorte kennt offenbar keine Grenzen, während die sozialen Leitplanken der Belegschaften zunehmend demontiert werden. Das Forum soll eine Bestandsaufnahme machen und Alternativen ausloten. Sind europaweite Gewerkschaften oder „global union“ die Zukunft, die wir wollen. Sind die internationalen Tarifverträge der ITF oder bei IKEA ein Ansatz, der ausgebaut werden muss?

Freie Fahrt für den Standortkrieg der Autokonzerne?

TOM ADLER, Betriebsrat Daimler-Chrysler Stuttgart

RAINER EINENKEL, Betriebsratsvorsitzender Opel Bochum

Anfänge für eine globale Strategie der Gewerkschaften

BERNT KAMIN, Betriebsratsvorsitzender Gesamthafenbetrieb Hamburg

Gewerkschaftliche Praxis im Netz

MAG WOMPEL, Redakteurin des LabourNet Germany

MODERATION: GERALD KEMSKI, HEIDI POMMERENKE

Forum 4 Arbeitszeitpolitik im Krebsgang – sind kürzere Arbeitszeiten noch durchsetzbar?

Die deutschen Gewerkschaften haben ihre Vorreiterrolle bei der Arbeitszeitverkürzung eingeübt, und mit Ausnahme Frankreichs stehen überall Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich an.

Zur Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie

KLAUS DRÄGER, Fraktionsmitarbeiter GUE/NGL

Erfahrungen mit der gesetzlichen 35-Stunden-Woche in Frankreich

MARIE-PIERRE ITURRIOZ, CGT, Frankreich

Gewerkschaften in der Erpressungsspirale

Europäische Perspektiven für die Erneuerung gewerkschaftlicher Gegenmacht

10. Gewerkschaftspolitische Konferenz der Linkspartei. PDS

28. und 29. Oktober
Stadthalle Rüsselsheim

Veranstalter:

Die Linkspartei. PDS
AG Betrieb & Gewerkschaft

Delegation der Linkspartei.
PDS in der Fraktion GUE/NGL
im EP

DIE LINKE. PDS



Überall in Europa bröckelt unter dem Druck der Standortkonkurrenz der Sozialstaat, während die Gewerkschaften im Kampf ums kleinere Übel stecken bleiben. Immer häufiger werden Beschäftigte und Gewerkschaften zu längeren Arbeitszeiten und Lohnverzicht genötigt. Das gegenseitige Herunterkonkurrieren von Standorten hat eine Erpressungsspirale in Gang gesetzt, die eine dramatische Verschlechterung aller sozialen Standards nach sich zieht. Die Unkenntnis der Menschen nutzend, begründen Konzerne und Regierungen den fortschreitenden Abbau sozialer Sicherheiten mit angeblich weiter gehenden Veränderungen in anderen Ländern. Wir wollen mit dieser Konferenz die Grenzen in den Köpfen niederreißen, den Dialog der europäischen Linken bereichern und gemeinsame Wege in ein anderes Europa suchen.

Die Entwicklung der Arbeitszeiten in Europa
STEFFEN LEHNDORFF, Forschungsdirektor beim Institut für Arbeit und Technik / Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

MODERATION: HOLGER GRÜNWEDEL, SUSANNE DANOWSKI

Forum 5 Ausbildung muss fit machen?

Jedes Jahr dasselbe Bild: Schüler/innen schreiben Bewerbungen und erhalten Absagen. Die Politik rechnet die Statistik schön und macht mit der Wirtschaft einen Ausbildungspakt. Trotzdem fehlen über 200.000 Ausbildungsplätze. Statt sich dem Problem zu widmen, werden lieber Studiengebühren eingeführt. Welche Zukunft haben wir?

Im Gespräch mit:

JULIA BONK, MdL Sachsen

ROBERT GRUBER, GEW Hamburg

KATJA KIPPING, stellv. Vorsitzende der Linkspartei. PDS, MdL Sachsen

MODERATION: OLGA FRITZSCHE, RINGO BISCHOFF

17:00 Café Europa

„Come together“ – gewerkschaftliche Projekte und Initiativen stellen sich vor, u.a.: Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen EisenbahnerInnen der Linkspartei. PDS, „Bahn von unten“ und EisenbahnerInnen aus dem Ausland schaffen Verbindungen.

Veranstaltungsort

Stadthalle Rüsselsheim, Rheinstraße 7, 65428 Rüsselsheim

Anmeldung

Wir bitten um verbindliche Anmeldung für die Konferenz bis zum 13. Oktober 2005 (siehe beiliegendes Antwortformular)

Teilnehmerbeitrag

Die Teilnehmergebühr beträgt 20 Euro, 10 Euro ermäßigt für Studenten, Rentner, Arbeitslose. Für ALG II-Bezieher/innen ist der Eintritt frei.

Übernachtung

Die Übernachtung bitten wir selbst zu buchen. Nach Anmeldung schicken wir gern eine Liste von Hotels und Pensionen zu.

Weitere Information

Tel.: 030 / 24 009 673, Fax: 030 / 24 009 624

E-Mail: ag.bg@linkspartei.de

www.betriebsbundgewerkschaft.de, www.pds-europa.de

Veranstalter

Die Linkspartei. PDS AG Betrieb & Gewerkschaft
Delegation der Linkspartei. PDS in der Fraktion GUE/NGL im EP

V.i.S.d.P.: Harald Werner, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

FREITAG

28. Oktober

18:00 Eröffnung der Konferenz

18:10 **LOTHAR BISKY**, Vorsitzender der Linkspartei. PDS (angefragt)

18:40 Eröffnungspodium

Getrennt gekämpft, vereint verloren?

Es geht um die nationalen Besonderheiten der ökonomischen und politischen Strategie des Neoliberalismus. Wobei das gegenseitige Ausspielen und Herunterkonkurrieren als ein wesentliches Moment dieser Strategie ebenso angesprochen wird wie die Chancen gemeinsamer Gegenwehr. Gleichzeitig wird der Wandel in der Strategie von Sozialdemokratie und rechter Gewerkschaftsführung debattiert.

ELISABETH GAUTHIER

FKP Frankreich, Mitglied im Exekutivkomitee der FKP

NICOLA NICOLOSI, CGIL Italien, Sekretär der Lombardi

RENÉ ROOVERS, SP Niederlande, Fraktionsmitarbeiter GUE/NGL

SAHRA WAGENKNECHT

MdEP, Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei. PDS

MODERATION: BARBARA BORCHARDT

Anschließend nachfragende Diskussion

SAMSTAG

29. Oktober

10:00 Eingangsbeiträge

Perspektiven für eine Erneuerung der europäischen Linken

FAUSTO BERTINOTTI (angefragt)

Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken (EL),

Vorsitzender der PRC – Italien

Probleme und Chancen für die Erneuerung der europäischen Arbeiterbewegung

FRANK DEPPE, Hochschullehrer, Marburg

Vom europäischen Sozialmodell zur globalen Wettbewerbsmacht

HARALD WERNER, Gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS und Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei. PDS



Gewerkschaften in der Erpressungsspirale

Europäische Perspektiven für die Erneuerung gewerkschaftlicher Gegenmacht

10. Gewerkschaftspolitische Konferenz der Linkspartei. PDS

28. und 29. Oktober 2005
Stadthalle Rüsselsheim

14:00 Foren

Forum 1 Soziale Daseinsvorsorge auf dem Weg zur Börse?

Im Mittelpunkt dieses Forums stehen die bereits laufenden, aber vor allem auch geplanten Privatisierungen im öffentlichen Sektor, wie etwa die Dienstleistungsrichtlinie der EU. Welche Strategien bieten sich an, um das europäische Sozialmodell vor den Marktradikalen zu retten und die öffentliche Daseinsvorsorge gleichzeitig zu modernisieren und zu verbessern?

Öffentliche Daseinsvorsorge in der Perspektive der Linken und der Gewerkschaften

KARIN ANTLANGER, Vorsitzende des Gewerkschaftlichen Linksbündes Österreichs, Bundesvorstand KPÖ

Unsere Alternativen zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors

HELMUTH MARKOV, MdEP der Linkspartei. PDS

EU-Dienstleistungsrichtlinie – Öffentliche Dienstleistungen als Ware auf dem europäischen Markt

BERND SCHNEIDER, Parlamentarischer Assistent im EP

Privatisierungen im öffentlichen Sektor – Gegenstrategien aus Sicht der Gewerkschaften

MICHAEL WENDL, stellvertretender Landesbezirksleiter ver.di Bayern

MODERATION: SABINE WILS, KAI DEUTZMANN

Forum 2 Gesetzlicher Mindestlohn oder Tarifvertrag – wie ist das Lohndumping zu stoppen?

Schon seit Jahren wächst der Niedriglohnssektor und zieht das gesamte Tarifniveau mit sich abwärts. Nun aber hat eine Phase der direkten Lohnsenkung in dem Profitcenter der Konzerne begonnen, so dass auch in Deutschland immer stärker über einen gesetzlichen Mindestlohn diskutiert wird. Ist das der Abschied von der Tarifautonomie oder eine Leitplanke des Tarifsystems?

Prekarisierung in der Arbeitswelt

KLAUS DÖRRE, FiAB an der Ruhr-Universität Bochum

Erfahrungen neuer EU-Länder mit Mindestlöhnen

JIRÍ MAŠTÁLKA, KP Böhmen und Mähren, MdEP, GUE/NGL

Gesetzlicher Mindestlohn in der EU

ROLAND METZ, CGT, Frankreich

oder Freising) von Führungskräften des Platzes verwiesen. In einigen Städten, z.B. in Thüringen, wurde von Lidl die Polizei geholt, die sich kooperativ zeigte. Zu peinlich genauen Kontrollen durch Polizeikräfte kam es in Frankfurt/Main. Im Laufe der Woche änderte Lidl in einer Reihe Regionen die Strategie nach außen: Aktionen konnten oft auch ungehindert, allerdings unter Beobachtung von Führungskräften, durchgeführt werden.

Gegenüber der Medienöffentlichkeit hingegen begrüßte Lidl die Kundenwoche, hielt ver.di allerdings vor, den Konzern gezielt zu diffamieren. In den Filialen herrschten die besten Arbeits-



IG Metall:

Wäschereien weichen die Tarife auf

BADEN-WÜRTTEMBERG. Im textilen Wäschereigewerbe (das sind Anbieter von Berufskleidung, die Firmen, Krankenhäusern usw. gestellt und gewaschen wird, d.Red.) hat sich eine ganze Reihe von Betrieben aus dem Arbeitgeberverband intex verabschiedet. Arbeitgeberverband und Flächentarifverträge geraten damit in eine Schieflage. Ende September engagierten sich die Beschäftigten in einer Aktionswoche für ihre tariflichen Rechte.

In Baden-Württemberg haben Bardusch, Berends, Mewa und der Wolfperger Mietwäsche-Service zum Beispiel ihre Mitgliedschaft gekündigt. „Die Arbeitgeber wollen die derzeit bestehenden Tarifverträge aufweichen“, sagt Monika Lersmacher von der IG Metall-Bezirksleitung in Stuttgart. Durch die Kündigung der intex-Mitgliedschaft werden die Beschäftigten nicht sofort rechtlos. Wer jetzt IG Metall-Mitglied wird, für den gelten die Tarifverträge auf alle Fälle in der Nachwirkung. Für Nichtmitglieder und für alle ab diesem Zeitpunkt Neueingestellten gilt allerdings nichts mehr. Nur ein Wiedereintritt des Arbeitgebers oder der Abschluss eines Tarifvertrages kann dies verhindern. „Wo der Arbeitgeber nicht wieder zurück in den Verband will, müssen vor Ort Haustarifverträge durchgesetzt werden“, so Monika Lersmacher.

bedingungen, die Tatsache, dass in 2 600 Filialen lediglich acht Betriebsräte bestehen, sei darauf zurückzuführen, dass Betriebsratswahlen von Beschäftigten nicht gewünscht würden. Unsere Aktionen haben sehr viel dazu beigetragen, dass nun Lidl sich in der Öffentlichkeit rechtfertigen muss. Der Discounter ist dadurch auch mehr in die Defensive gerückt und muss nun dieses Image erst einmal loswerden, was sicherlich kein Spaziergang sein wird.

Eine Delegation von Beschäftigten, Kunden und ver.di aus Calw (Baden-Württemberg), die über 9 000 Kunden-Unterschriften an den Unternehmensvorstand in der Lidl-Zentrale in Neckarsulm übergeben wollte, wurde von einer Pressesprecherin an der Eingangstür abgewiesen. Die Filiale sollte in wenigen Tagen als Strafaktion wegen Streikteilnahme und Betriebsrat geschlossen werden. ver.di wird nun auch dort Strafanzeige erstatten. Gestern gab das Arbeitsgericht in Pforzheim der einstweiligen Verfügung von ver.di gegen die geplante Schließung in Calw recht. Das Gericht sah die Schließung der Filiale als rechtswidrig an.

Orhan Akman,
Gewerkschaftssekretär

Unterstützung für Textile Wäschereibetriebe: Tariftreu waschen ... Betriebsräte der anderen Branchen in der IG Metall können Betriebsräte und Beschäftigte in den Textilien Diensten wirksam unterstützen: indem sie prüfen, ob die Wäscherei, in der die Berufskleidung aus dem Betrieb gereinigt wird, auch sauber im Sinne von „tariftreu“ wäscht.

Einige Anbieter der Textilien Dienste versuchen, sich über Schmutzkonkurrenz Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Ein Beispiel: Ein Betrieb in Westdeutschland zahlt einen Stundenlohn von 5,80 Euro. Die Arbeitszeit schwankt dabei zwischen 40 und 174 Stunden im Monat je nach Auslastung. Urlaub gibt's nur den gesetzlichen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld gar nicht.

Die IG Metall-Bezirksleitung in Baden-Württemberg fordert die Metallerinnen und Metaller dazu auf, sich an der Aktion „Saubere bleiben mit Tarif“ zu beteiligen. Betriebsräte können die Vergabepraxis der Unternehmen überprüfen und die Geschäftsleitung auffordern, die Geschäftsbeziehungen abbrechen und künftig Firmen mit vernünftigen Arbeitsbedingungen zu beauftragen. Mitte Oktober erscheint eine Broschüre „Alles rund um Arbeitskleidung“, die darüber eine Menge Infos enthält. Erhältlich ist sie über die örtliche Verwaltungsstelle. *metall 10/2005*

Wirtschaft über Wahlausgang bitter enttäuscht. FAZ, Mo., 19.9.

Der Präsident des ZDH, O. Kentzler, beklagte, das Thema Arbeitslosigkeit habe im Wahlkampf zum Schluss keine Rolle mehr gespielt. Allein das Handwerk habe seit 1997 1,6 Millionen Stellen verloren. DIHK-Präsident M. Wansleben forderte eine stabile Regierung, die Reformen ermögliche und die Blockade zwischen Bundestag und Bundesrat aufhebe. J. Betz, Präsident des Deutschen Führungskräfteverbandes (ULA) sagte: „Die Leistungsträger in Deutschland haben auf eine Koalition der Reformer gehofft.“ Er bezweifle, dass eine große Koalition dies bewirken könne. Der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft Berlin, forderte, erste Aufgabe ... müsse sein, ordnungspolitische Rahmenbedingungen grundlegend zu verbessern, um die Abwärtsspirale aus Wachstumsschwäche und Dauerarbeitslosigkeit zu durchbrechen. Vor allem gelte es, den Arbeitsmarkt beherzt zu deregulieren, die Sozialsysteme zu sanieren ...“

Ich-AG läuft aus. *Dt. Handwerkszeitung, Fr., 23.9.* Bei der letzten Sitzung des Vermittlungsausschusses in der abgelaufenen Wahlperiode wurde beschlossen, den zeitlich befristeten Existenzgründungsausschuss für die Ich-AGs nicht mehr zu verlängern. „Das Handwerk hat – ein schnelles Ende für diese arbeitsmarktpolitischen Fehlentwicklungen gefordert ...“, sagte der ZDH-Präsident.

Deutsche Verlage erhöhen Druck auf finnische Papier-Lieferanten. *FAZ, Fr., 1.10.* Deutschland ist bei Papier und Zellstoff wichtigster Kunde Finnlands, zudem gehört mehr als zwei Fünftel des Umsatzes in deutschen Papierfabriken finnischen Eignern. Finnland hat einen weit höheren Anteil streng geschützter Waldflächen als jedes andere Land der EU, prozentual etwa zehnmal soviel wie Deutschland. Der Minister für Landwirtschaft und Forsten in Finnland kündigte einen Gesprächskreis auf, in dem sich Waldeigner, Regierung, Naturverbände und ausländische Großkunden auf Schutzzonen für Wälder in Mittelfinnland zu einigen versuchten. Zum Abbruch der Gespräche (nach 70 Gesprächen hatte man sich bereits auf 100 000 Hektar als Schutzzone geeinigt) hätten harsche Töne deutscher Gesprächspartner beigetragen. Der Sprecher des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger, W. Fürstner, sagte, einige finnische Gesprächspartner zeigten sich wenig auskunftsfreudig, was die unerlässliche Offenheit bei der Klarstellung der Holzquellen erschwere. Kleine Eigner sowie Kommunalpolitiker lehnen „Einmischung von außen“ ab.

Presseauswertung: rst.

Über die **Klausurtagung der neuen Bundestagsfraktion DIE LINKE** im Bundestag berichtet das ND:

„Die Ko-Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag, Gysi und Lafontaine, rechnen mit einer großen Koalition von Union und SPD, schließen aber bei einem Scheitern von Koalitionsverhandlungen auch neuerliche Sondierungen von Union mit FDP und Grünen nicht aus. Neben der Vorstandswahl bestimmte die Diskussion über erste parlamentarische Initiativen die Klausur der Links-Fraktion.

Der sich abzeichnende drastische Sparkurs und ein schärferer Druck auf die Löhne werde die Binnennachfrage weiter strangulieren, prognostiziert Lafontaine. Ohne Nachfrage-Umsteuerung auch durch ein kreditfinanziertes Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 20 bis 30 Milliarden Euro sei eine Wende am Arbeitsmarkt unmöglich. Erneut forderte er auch einen gesetzlichen Mindestlohn. In keinem anderen Industriestaat Europas habe es eine solche ‚Lohndrift nach unten‘ wie hier zu Lande gegeben. Die beiden Fraktionschefs kündigten ferner Vorstöße im Bundestag an, um ihren Forderungen nach Zurücknahme oder wenigstens deutlichen Änderungen an Hartz IV sowie nach Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan Nachdruck zu verleihen.

Bei den Vorstandswahlen setzte sich Inge Höger-Neuling, WASG-Mitbegründerin in Nordrhein-Westfalen, gegen WASG-Bundesvorstand Klaus Ernst als ‚erste‘ Stellvertreterin der Fraktionschefs durch. In die gleiche Funktion war ohne Gegenkandidatin auch Bodo Ramelow gewählt worden, aber nur mit 36 von 53 abgegebenen Stimmen. Weitere sechs stellvertretende Vorsitzende sind für sechs Arbeitskreise verantwortlich. Als Parlamentarische Geschäftsführer wurden Dagmar Enkelmann und Ulrich Maurer gewählt.

Bei einem Treffen der Landesvorstände und Länderratsdelegierten der Wahlalternative in Leipzig wurde über notwendige Schritte und Voraussetzungen des Vereinigungsprozesses mit der Linkspartei.PDS diskutiert. Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz sieht sie gute Chancen. Noch ist aber unklar, ob WASG und Linkspartei dabei gemeinsam antreten.

Auch in der Berliner WASG ist diese Frage nach einer Arbeitstagung noch nicht entschieden. Als ‚kleine Sensation‘ galt ein Grußwort von PDS-Landeschef Stefan Liebich, der mit einer Gurke begrüßt wurde.

Zusammenstellung: jöd

Derzeit werden die Grundlinien der deutscher Außenpolitik neu fixiert. Wir dokumentieren mit Blick auf Polen und Tschechien aus den Deutsch-Tschechischen Nachrichten Nr. 68, eingeleitet durch die DTN die Stellungnahme der Bischofskonferenzen, sowie einen Artikel aus Halo novini und einen Regierungsbeschluss, aus dem hervorgeht, wie Tschechien unter Druck auf seine antifaschistischen Traditionen zurückgreift. Mehr: www.deutsch-tschechische-nachrichten.de

Zur Erklärung der deutschen und der polnischen Bischofskonferenz

Brückenschlag aus vielerlei Gründen

„Hinter dem Streit um die Kirche steckt mehr. Die katholischen Bischöfe wollen im September mit ihren polnischen Kollegen an den 40. Jahrestag der epochalen gemeinsamen Erklärung ‚Wir vergeben und bitten um Vergebung‘ erinnern. Das heißt: Ratzingers Kirche will, aus vielerlei Gründen, gerade jetzt den Brückenschlag.“ So kommentierte Gunter Hofmann in der ZEIT vom 18.8.2005 das Platzen der Verhandlungen um die Einrichtung des BdV-Vertreibungszen-trums in der St. Michaelskirche in Berlin. Mittlerweile haben die Deutsche und die Polnische Bischofskonferenz eine Gemeinsame Erklärung (s. unten) veröffentlicht, die am 21. September in Fulda und am 24. September in Wrocław unterzeichnet wurde. Darin heißt es, angeblich mit Blick auf das BdV-Projekt (und die im Dunstkreis des BdV entstandene und wirkende „Preußische Treuhand“): „Manche Menschen in Politik und Gesellschaft rühren geradezu leichtfertig an den immer noch schmerzenden Wunden der Vergangenheit. Andere wollen sie offenkundig sogar rücksichtslos für persönliche oder politische Zwecke missbrauchen. Der 40. Jahrestag des Briefwechsels ist uns Anlass, solcher Verantwortungslosigkeit im gegenseitigen Verhältnis mit allem Nachdruck zu widersprechen.“

Der Briefwechsel – Im November 1965 luden die polnischen Bischöfe ihre deutschen Kollegen ein, an den 1000-Jahr-Feiern der Christianisierung Polens „und damit auch ... seines nationalen und staatlichen Bestehens“ teilzunehmen. In dem Einladungsbrief wurde die Geschichte Polens und der polnisch-deutschen Beziehungen während dieser tausend Jahre skizziert und dabei die enge Symbiose von katholischer Kirche und polnischem Staat hervorgehoben. Schließlich wurde auch das „heiße Eisen“ der deutsch-polnischen Nachbarschaft angesprochen: „Die polnische Westgrenze an Oder und Neiße ist, wie wir wohl verstehen, für Deutschland eine äußerst bittere Frucht des letzten Massenvernichtungskrieges – zusammen mit dem Leid der Millionen von Flüchtlingen und vertriebenen Deutschen (auf interalliierten Befehl – Potsdam 1945! – geschehen). Ein großer Teil der Bevölkerung hatte diese Gebiete aus Furcht vor der russischen Front verlassen und war nach dem Westen geflüchtet. – Für unser Vaterland, das aus dem Massenmorden nicht als Siegerstaat,

sondern bis zum äußersten geschwächt hervorging, ist es eine Existenzfrage (keine Frage ‚größeren Lebensraumes‘!); es sei denn, daß man ein über 30-Millionen-Volk in den engen Korridor eines ‚Generalgouvernements‘ von 1939 bis 1945 hineinpressen wollte – ohne Westgebiete; aber auch ohne Ostgebiete, aus denen seit 1945 Millionen von polnischen Menschen in die ‚Potsdamer Westgebiete‘ hinüberströmen mußten. ...“

Am Ende des Briefes der polnischen Bischöfe stehen schließlich die viel zitierten Sätze: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“

Mit ihrem Brief boten die polnischen Bischöfe ihren deutschen Brüdern ein Bündnis an – gegen die „unchristliche“ polnische Regierung und gegen die Sowjetunion. Auf deren Drängen hatten die „großen Drei“ (USA, Großbritannien und Sowjetunion) im Februar 1945 in Jalta die Abtrennung der polnischen Ostgebiete zugunsten der Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion und die Entschädigung Polens durch die ehem. deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße beschlossen.

In ihrer jetzigen Erklärung ziehen die Bischöfe eine direkte Linie zwischen dem Brief von 1965, der Gründung der katholisch inspirierten, antisozialistischen Bewegung Solidarnosc und der Rolle, die Polen bei der Restauration des Kapitalismus in den Ländern des früheren Ostblocks gespielt hat.

Heute bieten die deutschen und die polnischen Bischöfe gemeinsam der neu gewählten „christlichen“ Regierung Polens ein Bündnis an. Nach den Parlamentswahlen vom 25. September werden die fundamental-katholische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und die neoliberale Bürgerplattform PO die Regierung stellen. Der Fernsehsender „arte“ erwartet davon: „Polen soll wieder katholischer und traditioneller werden, geschützt durch präsidiale Vollmachten und politische Betätigungsverbote für ehemalige Kommunisten.“ Und die „junge Welt“: „Künftig dürfte die Anbetung des Marktes als die zeitgeistige Religion wieder mit einer exzessiven Marienverehrung einhergehen. PiS-Führer Jaroslaw Kaczynski steht für das illiberale Polen, für den starken Staat und einen katholisch inspirierten Nationalismus.“

Jaroslaw Kaczynski und sein Zwilingsbruder Lech, Präsidentschafts-

kandidat der PiS bei der Wahl am 9. Oktober, werden sich freuen über die Absicht der Bischöfe, die gemeinsam „unseren Kontinent im christlichen Sinne ... gestalten“, insbesondere im Hinblick auf „den Schutz des Lebens, der Ehe und der Familie“, und die „christliche Identität des zusammenwachsenden Europas stärken“ wollen. Auch in puncto Vertreibungszentrum scheint man an einem Strang zu ziehen: Die Brüder Kaczynski sind heftige und lautstarke

Gegner des BdV-Projektes. Die Erklärung der Bischöfe, die sich entschieden gegen das Zentrum zu richten scheint, ohne dieses allerdings beim Namen zu nennen, wird in Polen Verbreitung finden – und mit ihr der darin enthaltene Satz vom „Unrecht, das vielen Deutschen durch Vertreibung und Verlust der Heimat angetan wurde“.

Erika Steinbach ließ verlauten, sie könne mit der Erklärung der Bischöfe „sehr gut leben“.

Gemeinsame Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und der Polnischen Bischofskonferenz aus Anlass des 40. Jahrestages des Briefwechsels von 1965

I. In Kürze jährt sich zum 40. Mal das Datum der berühmt gewordenen Botschaft der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder im Hirtenamt Christi. Die polnischen Bischöfe luden ihre deutschen Mitbrüder aus Anlass der 1000-Jahr-Feier der Taufe des polnischen Herzogs Mieszko I. im Jahre 966 nach Polen ein und riefen sie, zwei Jahrzehnte nach den furchtbaren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, zu Dialog, Versöhnung und Brüderlichkeit auf. Ihr bewegendes und geradezu prophetisches Wort hat Geschichte geschrieben: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“ Die deutschen Bischöfe, wie ihre polnischen Mitbrüder zum Abschluss des II. Vatikanischen Konzils in Rom versammelt, antworteten wenige Tage später: „Mit brüderlicher Ehrfurcht ergreifen wir die dargebotenen Hände. Der Gott des Friedens gewähre uns auf die Fürbitte der ‚regina pacis‘, dass niemals wieder der Ungeist des Hasses unsere Hände trenne!“

II. Vier Jahrzehnte danach und zugleich sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sowie zehn Jahre nach Veröffentlichung des ersten Gemeinsamen Wortes beider Episkopate erinnern wir Bischöfe alle Menschen guten Willens in Polen und in Deutschland mit großer Dankbarkeit an diesen bahnbrechenden Briefwechsel. Mit ihm haben unsere Vorgänger in christlichem Geist einen entscheidenden Schritt zum Neuanfang in den gegenseitigen Beziehungen unserer Völker getan. Unter schwierigsten politischen Bedingungen haben sie einen wichtigen Grundstein für die deutsch-polnische Versöhnung gelegt.

Wir erinnern an diese mutige Tat nicht allein, um sie in ehrendem Gedenken zu halten. Vielmehr wollen wir unterstreichen, dass wir uns dem Anliegen der deutsch-polnischen Verständigung, Versöhnung und Freundschaft heute wie unsere Vorgänger damals verpflichtet wissen. Mit Sorge müssen wir seit einiger Zeit sehen, dass die Erinnerung an die finstersten Stunden unserer gemeinsamen Geschichte nicht nur den Geist der Versöhnung gebiert, sondern auch alte Wunden, die noch nicht geheilt

sind, wieder aufreißt und den Ungeist des Aufrechnens hervorbringt. Manche Menschen in Politik und Gesellschaft rühren geradezu leichtfertig an den immer noch schmerzenden Wunden der Vergangenheit. Andere wollen sie offenkundig sogar rücksichtslos für persönliche oder politische Zwecke missbrauchen. Der 40. Jahrestag des Briefwechsels ist uns Anlass, solcher Verantwortungslosigkeit im gegenseitigen Verhältnis mit allem Nachdruck zu widersprechen. Das gilt auch dann, wenn diejenigen, die das tun, sich auf die Gerechtigkeit berufen. Vor einem falschen Verständnis der Gerechtigkeit hat Papst Johannes Paul II., der als Erzbischof von Krakau zu den Mitverfassern der Botschaft der polnischen Bischöfe gehörte, die ganze Kirche gewarnt: „Man kann (–) schwerlich darüber hinwegsehen, dass die Programme, die von der Idee der Gerechtigkeit ausgehen (–), in der Praxis oft arg entstellt werden. (–) Die Erfahrung der Vergangenheit und auch unserer Zeit lehrt, dass die Gerechtigkeit allein nicht genügt, ja, zur Verneinung und Vernichtung ihrer selbst führen kann, wenn nicht einer tieferen Kraft – der Liebe – die Möglichkeit geboten wird, das menschliche Leben in seinen verschiedenen Bereichen zu prägen“ (Enzyklika *Dives in misericordia* Nr. 12).

Die Gabe der Versöhnung wird uns nur geschenkt, wenn wir uns ehrlich der ganzen Wahrheit stellen, Reue für die begangenen Verfehlungen empfinden und uns Vergebung gewährt wird. Wir rufen in diesem Zusammenhang das Gemeinsame Wort der Polnischen und der Deutschen Bischofskonferenz vom Dezember 1995 in Erinnerung: „Nur die Wahrheit kann uns frei machen, die Wahrheit, die nichts hinzufügt und nichts weglässt, die nichts verschweigt und nichts aufrechnet“ (vgl. Joh 8,32). In Anbetracht des verbrecherischen Angriffskrieges des nationalsozialistischen Deutschland, des tausendfachen Unrechts, das in der Folge den Menschen in Polen durch Deutsche zugefügt wurde, und des Unrechts, das vielen Deutschen durch Vertreibung und Verlust der Heimat angetan wurde, wiederholten wir in

diesem Geiste gemeinsam die Worte von 1965: Wir vergeben und bitten um Vergebung. Nur wenn wir uns der ganzen Wahrheit stellen und gleichzeitig dem Geist der Aufrechnung abschwören, können wir eine einseitige Sicht auf die je eigene Geschichte verhindern und Gegenwart und Zukunft für ein fruchtbares Miteinander öffnen. Aus dieser Haltung erwächst die Bereitschaft, unsere Geschichte und Gegenwart nicht nur mit den eigenen, sondern jeweils auch mit den Augen des Anderen zu sehen. Wir sind uns bewusst, dass mit diesem Weg weiterhin große Anstrengungen verbunden sind. Auf diesem Wege brauchen wir guten Willen und Aufrichtigkeit in den gegenseitigen Beziehungen. Denn nur durch den Geist der Versöhnung zwischen unseren Völkern kann der Friede Wurzeln schlagen, der allen Deutschen und Polen das ersehnte Gefühl von Sicherheit und Freundschaft bringen kann.

III. Das mutige Zeugnis der christlichen Versöhnungsbotschaft von 1965 wirkte weit über die deutsch-polnischen Zusammenhänge hinaus. Indem die Bischöfe sich der furchtbaren Last der Kriegsverbrechen, des Unrechts und des Leids stellten und der in Christus gründenden Hoffnung auf die göttliche Barmherzigkeit vertrauten, gelang es ihnen inmitten des noch fortdauernden Kalten Krieges, trennende Mauern in der Kraft des Glaubens zu überwinden und die Vision eines wieder zusammenwachsenden Europas aufscheinen zu lassen. Sie gaben Zeugnis von dessen geistigen Grundlagen, die Unrecht und Gewalt nicht dauerhaft verdunkeln konnten. Rückblickend auf die Ereignisse in Polen, vor allem auf die vor 25 Jahren entstandene unabhängige Bewegung *Solidarnosc* sowie die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Völkern, verstehen wir heute besser, dass die Bischöfe mit ihrem Willen, Hass und Feindschaft zwischen Deutschen und Polen zu überwinden, auch einen Beitrag zur Überwindung der Unfreiheit und der Teilung des europäischen Kontinents geleistet haben.

Vieles ist seitdem in beiden Ländern geschehen. Totalitäre Herrschaft und der Verlust der nationalen Eigenständigkeit konnten friedlich überwunden werden. Polen und Deutschland haben heute gemeinsam Teil an der fortschreitenden europäischen Integration. Unsere Völker legen damit beredtes Zeugnis davon ab, dass Krieg, Hass und Gewalt nicht das letzte Wort haben müssen. Nachdrücklich mahnen wir: Deutsche und Polen dürfen ihre geistigen und materiellen Kräfte niemals wieder gegeneinander richten; sie sind aufgerufen, sie zum Wohle aller in das zusammenwachsende Europa einzubringen und dessen christliche Identität zu stärken. Diese Aufgabe kann erfüllt werden, wenn Deutsche und Polen sich bewusst



→ machen, dass sie auch viel Gutes in ihrer gemeinsamen Geschichte verbindet. Heute, da nach dem polnischen Papst ein Sohn des deutschen Volkes, Benedikt XVI., Nachfolger des hl. Petrus ist, erfahren unsere beiden Völker in besonderer Weise, wie groß und tief die Bande der Freundschaft und Zusammenarbeit sein können, wenn sie sich von dem Geiste Christi leiten lassen, dem Geist der Versöhnung und des Friedens. Diese Bande sollten besonders der Jugendseelsorge anempfohlen werden. Die Glaubenserfahrungen, die wir während des XX. Weltjugendtages in Köln erlebt haben, müssen zwischen jungen Polen und Deutschen weiterhin gepflegt werden. Daher regen die Bischöfe beider Länder besonders die Seelsorger und die Jugend dazu an, solche Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, die der Aufrechterhaltung des Geistes der gegenseitigen Zuneigung und Freundschaft dienen.

Als Christen stehen Polen und Deutsche angesichts neuer gesellschaftlicher Entwicklungen insbesondere im Hinblick auf den Schutz des Lebens, der Ehe und der Familie vor großen Herausforderungen. Gleiches gilt für neue Fragestellungen im Bereich der medizinischen Ethik, der zunehmend in egoistischer Weise ausgehöhlt und durch die Interessen von Wissenschaft und Wirtschaft bedroht wird. Gemeinsam sind wir demgegenüber gefordert, unseren Kontinent im christlichen Sinne auch für die künftigen Generationen als Lebensort zu gestalten, der die unveräußerliche Würde und die wahre Freiheit der Menschen achtet und gewährleistet. Mit diesem Einsatz für die Gestaltung Europas wollen wir auch zum Aufbau einer friedlicheren Welt beitragen. Dazu gehört auch, dass Europa sich glaubwürdig um ein zukunftsfähiges Verhältnis zu den Ländern des Südens und Ostens einsetzt.

In Dankbarkeit vor Gott, dem Herrn der Geschichte, der Polen und Deutschen das Geschenk der Versöhnung als ein Zeichen der Hoffnung für unsere Zeit anvertraut hat, ermutigen wir alle Gläubigen und Menschen guten Willens in unseren Ländern, die vor uns liegenden Herausforderungen zuversichtlich anzunehmen. Wie unsere Mitbrüder vor 40 Jahren vertrauen wir uns dabei gemeinsam der barmherzigen und liebenden Fürsprache der Mutter Gottes an.

Fulda, den 21. September 2005

Karl Kardinal Lehmann, Bischof von Mainz, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Erzbischof Josef Michalik, Metropolit von Przemyśl, Vorsitzender der Polnischen Bischofskonferenz

Quelle: Homepage der Deutschen Bischofskonferenz. Dort sind auch der Brief der polnischen Bischöfe von 1965 und die Antwort der deutschen Bischöfe zu finden.

Der folgende Artikel erschien am 26. August 2005 in der kommunistischen Tageszeitung Haló noviny.

Sudetendeutsche Antifaschisten

Von Ota Novy

In den vergangenen Monaten berichtete die Presse wiederholt über die geplante Würdigung sudetendeutscher Antifaschisten. Statistischen Angaben zufolge lebten im Jahr 1930 in der CSR 3.231.688 Deutsche, d.h. jeder vierte oder fünfte Bürger der Republik war deutscher Nationalität.¹ Mit dem Aufstieg des Nazismus in Deutschland und den Auswirkungen der großen Wirtschaftskrise auf die tschechoslowakische Ökonomie kam es zum Erstarken des sudetendeutschen Negativismus.²

Im Jahr 1933 entstand die Henlein-Bewegung – die Sudetendeutsche Heimatfront (später SdP – Sudetendeutsche Partei). Bereits 1934 knüpfte diese Bewegung dauerhafte Kontakte zum nazistischen Deutschland, von dem sie systematische Ausrichtung und finanzielle Unterstützung erhielt.

Die Parlamentswahlen 1935

Die Parlamentswahlen im Mai 1935 zeigten, dass zwei Drittel der deutschen Wähler in der CSR hinter Henlein standen. Die Sudetendeutsche Partei gewann 1.249.530 Stimmen (15,2%). Der Bund der Landwirte (BdL) erhielt 142.399 (1,7%), die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (DSAP) 299.942 (3,6%) und die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei (DCV) 162.781 Stimmen (2%). Die Ergebnisse dieser Wahlen lassen sich auch anhand der Verluste der sudetendeutschen Gegner Henleins und Hitlers bewerten. Die deutschen Sozialdemokraten erhielten 200.000 Stimmen weniger als bei den vorherigen Wahlen, die Christlichsozialen verloren 180.000, die deutschen Landwirte 250.000 Stimmen. Verluste verzeichnete auch die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPC), die von 60.000 Wählern deutscher Nationalität weniger gewählt wurde. Insgesamt stimmten in den Grenzgebieten 114.000 Wähler für die Kommunisten.

Die „Henleins“

Mit dem Schlagwort „sudetendeutsche Volksgemeinschaft“ gewann die Henlein-Partei schnell die Mehrheit der sudetendeutschen Bevölkerung. Das Programm einer Ständeordnung verdeckte geschickt die Methoden des sozialen, psychischen und physischen Terrors, mit denen die Henlein-Anhänger ihre politischen Gegner bekämpften. Konrad Henlein hatte nicht nur das Dritte Reich, sondern auch die Vertreter der sudetendeutschen Bourgeoisie hinter sich. Zu den sudetendeutschen Unterneh-

mern und Politikern gehörten beispielsweise Theodor Liebig, Max Richter und Alfred Rosche. Für Henlein arbeiteten auch die bedeutendsten Institutionen des sudetendeutschen Kapitals – der Verband der deutschen Industrie und das Finanzinstitut Kreditanstalt der Deutschen.

Die sudetendeutsche Partei bemühte sich in Verbindung mit dem nazistischen Deutschland um die Liquidierung der Tschechoslowakei. Ihr politisches Programm wurde taktisch und schrittweise deutlicher formuliert, bis es schließlich am 24. April 1938 im „Karlsbader Programm“ offen verkündet wurde. Im Jahr 1938 konzentrierte sich die sudetendeutsche Partei auf die Realisierung der darin genannten Ziele: Autonomie – Plebiszit – Abtrennung der Grenzgebiete, wobei auch Letzteres noch nicht das letzte und endgültige Ziel war.

Antifaschist-Sein

In der Atmosphäre des außenpolitischen Erfolgs Hitlerdeutschlands – die Rückgewinnung des Saargebiets, der Einmarsch in die entmilitarisierte Zone im Rheinland, der Anschluss Österreichs – und der systematischen Propaganda der Henlein-Anhänger im Grenzgebiet wurde antifaschistisches Handeln und Auftreten zu Heldentum. Antifaschist und Gegner Henleins und Hitlers zu sein war mit der Gefahr verbunden, den Arbeitsplatz zu verlieren und sozialem und psychischem Terror ausgesetzt zu sein. Schließlich gingen Henleins Ordner dazu über, ihre „Ordnung“ mit Fäusten, Dolchen und brennenden Fackeln, später mit Schusswaffen und Sprengstoff durchzusetzen.

Und dennoch fanden auch unter diesen Verhältnissen des Hasses antifaschistische Versammlungen von Kommunisten und Sozialdemokraten statt, gab es Auftritte in Turnhallen, Mairkundgebungen und Umzüge. Eine Reihe von Geistlichen kritisierte den Nazismus in ihren Predigten. Den Schutz der Antifaschisten übernahmen die Republikanische / Rote Wehr, die als Ordner- und Schutzformation der DSAP bereits 1923 gegründet worden war, der kommunistische Deutsche Jugendverband und die im Jahr 1938 ge-



Karl Kreibich, einer der Gründer der KPC, im englischen Exil 1933 bis 1945

bildeten kommunistischen „Kampfaktive“. In den Städten des Grenzgebietes, insbesondere den großen Kurorten, fanden die aus Deutschland geflohenen Hitlergegner Zuflucht. So z.B. in Karlovy Vary (Karlsbad) und Mariánské Lázně (Marienbad), aber auch Teplice (Tepitz-Schönau), Liberec (Reichenberg) und Prag.

Österreichische Exilanten hielten sich in Südmähren auf, vor allem in Brno (Brünn).

Sudetendeutsche Sozialdemokraten

Die DSAP gewann bei den Parlamentswahlen 1935 fast 300.000 Stimmen und war mit elf Abgeordnetenmandaten die stärkste Partei im Lager des sudetendeutschen Antifaschismus. Die Parteiführer waren Minister Ludwig Czech, der Abgeordnete Wenzel Jaksch sowie der Abgeordnete und Generalsekretär der Partei, Siegfried Taub. Die DSAP spielte eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der sozialistischen deutschen Emigranten. In der CSR arbeiteten sieben Unterstützungskomitees für die Flüchtlinge aus Deutschland und zuletzt auch aus Österreich. Im Klub der DSAP-Abgeordneten bildete sich ein Komitee für die Unterstützung sozialdemokratischer Flüchtlinge (Prag II, Národní Těžiště 4). Die deutschen Exilanten wurden auch von der tschechischen Sozialdemokratischen Partei unterstützt. Daher konnte die Exil-Leitung der reichsdeutschen SPD von Prag aus tätig sein. Bereits am 10. Mai 1933 kamen die SPD-Vorstandsmitglieder E. Ollenhauer, H. Vogel und S. Crummenerl nach Prag, um hier das Exilsekretariat der deutschen Sozialdemokratie zu eröffnen. Zur gleichen Zeit begann „Der neue Vorwärts“ zu erscheinen, das offizielle Druckorgan der exilierten deutschen Sozialdemokratie.

Kommunisten

Die tschechoslowakischen Kommunisten engagierten sich vor allem im Unterstützungsverein „Solidarität“, einer Organisation für die Verteidigung der Rechte und die soziale Unterstützung der Exilanten (Praha II, Zlatnická 8a), die die Tätigkeit der 1932 verbotenen Roten Hilfe fortsetzte. Die „Solidarität“ sorgte besonders für emigrierte Arbeiterinnen und Arbeiter. Über einen geheimen Grenzübergang im Abschnitt Aš-Cheb (Asch-Eger) beförderten deutsche Angehörige der KPC illegale Druckschriften – die Arbeiter Illustrierte Zeitung, die Rote Fahne und die Baseler Rundschau – nach Berlin, Magdeburg, Stuttgart und Nürnberg. Weitere Grenzübergänge in Richtung Deutschland führten über Krušnohore, die böhmisch-sächsische Schweiz, Nord- und Ostböhmen sowie Ostrava (Mährisch-Ostrau). Der Chefredakteur der Arbeiter Illustrierten Zeitung war der deutsche Journalist, Schriftsteller

Die Regierung der Tschechischen Republik hat auf ihrer Sitzung am 24. August 2005 folgende Erklärung verabschiedet:

Erklärung der Regierung der Tschechischen Republik gegenüber aktiven Gegnern des Nazismus, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Zusammenhang mit den gegenüber der sog. feindlichen Bevölkerung in der Tschechoslowakei ergriffenen Maßnahmen gelitten hatten

Die Regierung der Tschechischen Republik erklärt Ihre tiefe Anerkennung gegenüber all denjenigen ehemaligen tschechoslowakischen Staatsbürgern, insbesondere denjenigen deutscher Abstammung, die vor dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik lebten, während des Zweiten Weltkriegs der Tschechoslowakischen Republik treu blieben und aktiv an dem Kampf für deren Befreiung beteiligt waren oder unter dem nazistischen Terror litten. Zugleich erklärt sie ihr großes Bedauern, dass einigen dieser Personen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs keine angemessene Würdigung zuteil wurde. Stattdessen wurden sie im Widerspruch zu der damals gültigen Gesetzeslage behandelt und waren von Maßnahmen betroffen, die in der Nachkriegs-tschechoslowakei gegenüber sog. feindlichen Bevölkerungsschichten ergriffen wurden. Die Regierung der Tschechischen Republik erklärt gegenüber allen in dieser Weise betroffenen aktiven Gegnern des Nazismus, gleich welche Staatsangehörigkeit und welchen Aufenthaltsort sie später hatten, ihre Entschuldigung.

Mit der Absicht, aktive Gegner des Nazismus, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Zusammenhang mit den gegenüber der sog. feindlichen Bevölkerung in der Tschechoslowakei ergriffenen Maßnahmen gelitten hatten, symbolisch zu würdigen, und in der Bemühung, zur Vertiefung der historischen Erinnerung beizutragen, wird die Regierung der Tschechischen Republik ein Dokumentationsprojekt initiieren und unterstützen, in welchem die Schicksale einzelner in dieser Weise betroffener Personen aufgearbeitet werden. Die Regierung ruft deshalb alle in dieser Weise betroffenen Personen oder ihre Verwandten und Bekannten auf, sich nach Möglichkeit und Interesse direkt oder mit Hilfe einer der Auslandsvertretungen der Tschechischen Republik mit dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Tschechischen Republik in Verbindung zu setzen.

Adressat der Entscheidung der Regierung der Tschechischen Republik ist jede Person, die gleichzeitig folgenden Kriterien erfüllt:

a) sie besaß zum 29.9.1938 die Staatsbürgerschaft der Tschechoslo-

wakischen Republik und lebte auf dem Territorium der Tschechischen Republik.

b) sie ist im Laufe des Krieges der Tschechoslowakei treu geblieben und beteiligte sich entweder aktiv am Befreiungskampf (z.B. durch Kampf in den Armeen der Anti-Hitler-Koalition oder nationalen Befreiungskampf) oder hat unter dem nazistischen oder faschistischen Terror gelitten (z.B. durch Inhaftierung).

c) sie hat nach dem 8.5.1945 im Zusammenhang mit den gegenüber der sog. feindlichen Bevölkerung in der Tschechoslowakei ergriffenen Maßnahmen gelitten (vor allem wurde ihr nicht ermöglicht, die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zurück zu gewinnen) oder sie hatte berechnigte Befürchtungen, von diesen Maßnahmen betroffen zu werden (z.B. in Fällen, in denen direkte Verwandte so betroffen waren).

Für die Aufnahme unter die Adressaten der Regierungserklärung spielen weder die spätere Staatsbürgerschaft noch

der ständige Aufenthalt einer Person, die die oben genannten Kriterien erfüllt, eine Rolle, ebenso wenig die Tatsache, ob diese Person bis heute lebt.

Die Arbeiten am Dokumentationsprojekt zu den aktiven Gegnern des Nazismus beginnen spätestens am 1.12.2005 und werden bis zum 30.9.2008 abgeschlossen. Das Außenministerium der Tschechischen Republik würde es begrüßen, wenn die Adressaten der angeführten Erklärung der Regierung der Tschechischen Republik ihre Kontaktangaben und eine biographische Anmerkung über das Schicksal einer Person, die in das Dokumentationsprojekt aufgenommen werden sollte, an folgende Adresse schicken würden: Ministerstvo zahraničních věcí ČR, Odbor státu stáední Evropy, Loretánské nám. 5, CZ-11800 Praha 1, Fax: (00420) 224182023, e-mail: s_ose@mzv.cz, dies kann aber auch an jede andere Auslandsvertretung der Tschechischen Republik erfolgen. Man wird sich mit allen Interessenten in Kontakt setzen, sobald die mit der Durchführung des Dokumentationsprojektes betraute Institution ausgewählt sein und ihre Tätigkeit aufgenommen haben wird.

Quelle: Homepage des tschechischen Außenministeriums www.mzv.cz

**Regierung der
Tschechischen Republik:
Antifaschisten aus
der Tschechoslowakei,
bitte melden !**

→ und Übersetzer Franz Carl Weiskopf, ein Mitglied der KPC. In der Redaktion der Roten Fahne arbeitete einer der Gründer der KPC, Karl Kreibich, und auch der künftige Organisator illegaler Tätigkeiten im Grenzgebiet, Erhart Lamme, war Redakteur dieser Zeitung. In den Erinnerungen von deutschen Schriftstellern, die aus Nazi-Deutschland fliehen mussten, können wir lesen, dass ihre ersten Helfer im Exil Egon Erwin Kisch und F.C. Weiskopf waren.

Im Jahr 1935 wurde Wilhelm Koenen von der Leitung der Kommunistischen Partei in Deutschland nach Prag geschickt, um das kommunistische Exil in der Tschechoslowakei anzuleiten. Die Kommunisten halfen, Koenen und seiner Gruppe einen legalen Status für ihre Arbeit zu verschaffen.

Zur Lösung der sudetendeutschen Frage

In einem Memorandum vom 6. November 1936 forderte die KPC sofortige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Hilfe für die deutsche Bevölkerung der Grenzgebiete. Es ging um einen Ausgleich der Nationalitäten. Auf Initiative der Neoaktivisten³ Wenzel Jaksch (DSAP), Gustav Hacker (BdL) und Hans Schütz (DCV) verabschiedete der Ministerrat am 18. Februar 1937 einen Beschluss, in dem er sich für das Prinzip des „gerechten Proporz“ in den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen aussprach.

Der Neoaktivismus hielt jedoch Henlein nicht auf. Die Sudetendeutsche Partei hatte im Juli 1938 1.338.494 Mitglieder. Unter dem Druck der Henlein-Anhänger forderten am 23. März 1938 Gustav Hacker (BdL) und Alois Stenzl (Deutsche Gewerbspartei) die Mitglieder ihrer Parteien auf, der Sudetendeutschen Partei beizutreten. Einen Tag später befürwortete der Vorstand der deutschen Klerikalen den Übertritt der DCV-Mitglieder zur Henlein-Partei. Die aktivistischen⁴ deutschen Minister verließen die Regierung.

Auf antifaschistischen Positionen blieben in den Grenzgebieten in diesem heißen Sommer 1938 die Kommunisten, hier vor allem die 13.000 KPC-Mitglieder deutscher Nationalität, und die deutschen Sozialdemokraten – ihre Zahl belief sich laut Statistik vom letzten DSAP-Kongress auf 82.425. Die älteren Mitglieder der untergegangenen deutschen Parteien hielten am Aktivismus fest. Der langjährige Vorsitzende der DSAP, Dr. Ludwig Czech, der 1942 in Terezín (Theresienstadt) starb, wurde durch den jüngeren Wenzel Jaksch ersetzt.

Das Münchner Diktat

Nach Hitlers Rede am 12. September 1938 machten die Henlein-Anhänger einen staatsfeindlichen Putschversuch. An mehr als 70 Stellen überfielen sie

Bahnhöfe, Postämter und Polizeistationen. Sie griffen tschechische und deutsche Antifaschisten an und überfielen jüdische und tschechische Geschäfte. Henleins Ordnertrupp und die neu gebildeten Einheiten der sudetendeutschen Freikorps terrorisierten die Grenzgebiete. Die Regierung musste das Standrecht verhängen. Was nach dem 12. September im Grenzgebiet geschah, war Vorbild für die Ereignisse nach „München“.

Durch das Münchner Diktat vom 29. September 1938 wurden die tschechoslowakischen Grenzgebiete abgetrennt. Am 1. Oktober marschierte die Armee der Nazis in die nun bereits „ehemaligen“ tschechoslowakischen Gebiete ein. Gleichzeitig begann der Präventivschlag der Gestapo, die mit Listen sudetendeutscher Antifaschisten ausgestattet war und die Adressen tschechischer Nazi-Gegner kannte. Als nächste kamen die Juden an die Reihe. Als die Verfolgungen begannen, flohen Tausende von Menschen aus den Grenzgebieten.

Einer tschechoslowakischen Dokumentation aus dem Jahr 1945 zufolge betrug die Zahl der Flüchtlinge am 27. September 1938 24.359 Personen, am 1. Januar 1939 150.882 Personen. Es handelte sich um sudetendeutsche Antifaschisten, tschechische Einwohner der Grenzgebiete und Juden. Zwar schwanken die diesbezüglichen Angaben in der Fachliteratur, doch ist davon auszugehen, dass sich im März 1939 noch 12.500 deutsche Antifaschisten auf dem Gebiet des neu errichteten Protektorats befanden. Etwa 5000 von ihnen kehrten in die Grenzgebiete zurück (besser gesagt: sie wurden zurückgeschickt). Die Zahl der „Glücklichen“, denen es gelang, ins Ausland zu entkommen, wird mit maximal 7000 Personen angegeben. Die Historikerin Lea Rotkirchen nimmt an, dass 17.000 Juden aus den Grenzgebieten ins Landesinnere flüchteten. Die Zahl der aus den Grenzgebieten vertriebenen und geflohenen Tschechen bewegt sich um 122.000 Personen. Sie waren eindeutig auf der Flucht vor den Nazis und dem Terror der Henlein-Anhänger: Das war eine Vertreibung; es ging um die Freiheit und ein menschenwürdiges Leben.

Im Exil

Am 22. Februar 1939 beschloss der Vorstand der DSAP, die Tätigkeit der Partei in der CSR einzustellen und die politische Arbeit der sudetendeutschen Sozialdemokraten im Ausland unter der Bezeichnung „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“ fortzusetzen.

Im Herbst 1938 hatten die DSAP immer noch ca. 80.000 und die mit ihnen kooperierenden Freien Deutschen Gewerkschaften mehr als 200.000 Mitglieder. An der Spitze der „Treuegemein-

schaft“ standen Wenzel Jaksch, Eugen de Witte, Siegfried Taub und Ernst Paul. Jaksch entwarf den Plan einer Föderalisierung Mitteleuropas. Seinen Vorstellungen zufolge sollten die Sudetendeutschen nach dem Krieg entscheiden, ob und wie sie mit den Tschechen zusammenleben würden. Jaksch sprach sich auch gegen den Eintritt seiner Anhänger in die tschechoslowakische Auslandsarmee aus. Präsident Beneš führte in den Jahren 1940–42 in London Gespräche mit Jaksch, in denen er diese Konzeption ablehnte. Wenzel Jaksch war entschieden gegen den Gedanken einer Umsiedelung und hielt es für möglich, den Transfer der deutschen Bevölkerung zu verhindern.

Die linke Strömung der sudetendeutschen Sozialdemokraten unter Führung von Josef Lenk, Josef Zinner und Irena Kirpal sprach sich für eine Zusammenarbeit mit dem tschechoslowakischen Exil aus und gründete die „Auslandsgruppe“ der DSAP. Diese Gruppe nahm Kontakt mit dem kommunistischen Exil in England auf, an dessen Spitze Karl Kreibich und Gustav Beuer standen. Eine große Gruppe deutscher Funktionäre der KPC ging nach dem Münchner Diktat nach Moskau, unter ihnen Rudolf Appelt, Bruno Köhler, Robert Korb und Rudolf Dölling.

Die Zusammenarbeit von linken Sozialisten, ehemaligen Aktivisten und sudetendeutschen Kommunisten führte zur Gründung des „Ausschusses der Einheit sudetendeutscher Antifaschisten“, der auf seiner Konferenz in London (13.–17.10.1943) Jaksch' Programm ablehnte, sich für ein gemeinsames Vorgehen mit dem tschechoslowakischen Exil aussprach und die Sudetendeutschen zum Kampf gegen den Nazismus aufrief.

Junge sudetendeutsche Exilanten traten in die tschechoslowakische Auslandsarmee in England und in der Sowjetunion ein. Die Anhänger von Jaksch gingen in die britische Armee. Sudetendeutsche dienten auch in anderen alliierten Armeen, z.B. der kanadischen.

Sudetendeutscher Widerstand in den Grenzgebieten

Nach dem 1. Oktober 1938 wurde in den Grenzgebieten das nazistische Regime errichtet. Die meisten Sudetendeutschen standen unter dem verderblichen Einfluss des nazistischen Regimes, sie begrüßten die Wehrmacht und beteiligten sich an der Germanisierung und Arierisierung von tschechischem und jüdischem Eigentum. Die Wirtschaftskonjunktur war jedoch nicht von Dauer, es kam die Zeit der Kriegswirtschaft, des Aufbruchs der Männer an die Front. Nach den Schlachten des Krieges kamen die Todesanzeigen. Die Zeiten änderten sich. Am Ende des Krieges wurden die Ortschaften von der flüchtenden deutschen Bevölkerung aus dem Osten



Oben: Kundgebung der KPC zur Verteidigung der Republik 1938 in Nejdek (Neudeck). Rechts: Plakat der Republikanischen Wehr zu einer Versammlung im Jahr 1937

überschwemmt. Mit ihr kam die beklemmende Furcht vor dem, was nach der endgültigen Niederlage des Nazismus kommen würde.

Die sudetendeutschen Antifaschisten blieben ihrem Kampf gegen Henlein und Hitler treu. Es waren das insbesondere Kommunisten und Sozialdemokraten, aber auch Katholiken. Sie leisteten Widerstand, indem sie heimlich, aber auch öffentlich ihrer Ablehnung des Nazismus Ausdruck gaben. Sie taten dies in Gruppen von Freunden, manchmal aber auch einzeln.

Kommunisten in der Illegalität

In den Grenzgebieten waren Widerstandsgruppen tätig. Die Kommunisten gingen rasch in die Illegalität. An die 4000 deutsche Mitglieder der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei wurden verhaftet und anschließend in Gefängnissen und Konzentrationslagern eingekerkert. Viele von ihnen bezahlten ihre Überzeugung mit dem Leben.

Im Herbst 1940 konstituierte sich die illegale Führung der KP für das Sudetengebiet. Aber schon im Frühjahr 1941 verhaftete die Gestapo die führenden Funktionäre – František Taussig, Erhard Lammel und Josef Teringl. Alle drei wurden hingerichtet. Illegale kommunistische Gruppen wirkten in Nord-, Ost- und Westböhmen. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stand die finanzielle Unterstützung für die Familien verhafteter Antifaschisten, die materielle Unterstützung der Häftlinge in den Konzentrationslagern, die Herstellung und Verbreitung von Flugblättern und das Abhören ausländischer Radiosender.

Von der Losung „Arbeite langsam“ ging man später zu Sabotageakten über. Gegen Ende des Krieges entwickelte sich die Zusammenarbeit mit geflohenen sowjetischen Kriegsgefangenen. Der Partisanenkampf wurde aufgenommen. Ein Beispiel dafür war die nordböhmische Gruppe Waltro. In die Geschichte eingegangen sind die Widerstandsgruppen von Herta Lindner, die in Teplice arbeitete, und von Valentin Meerwald, der in den Jahren 1941–1943 eine große Widerstandsgruppe in Karlov Vary anführte. Herta Lindner wurde mit fünf Mitkämpfern hingerichtet, ebenso Valentin Meerwald zusammen

mit fünf weiteren Genossen.

Illegale Gruppen von Sozialdemokraten

Die Sozialdemokraten wurden von der Gestapo grausam verfolgt. Eine Dokumentation sudetendeutscher Sozialisten (Kampf, Widerstand, Verfolgung, Stuttgart 1983) enthält Angaben über die Verfolgung von DSAP-Mitgliedern im Jahre 1938: 7.677 Personen wurden verhaftet und eingekerkert, 12.784 Personen auf andere Weise verfolgt: durch polizeiliche Ermittlungen, Rausschmiss vom Arbeitsplatz, öffentliche Denunziation und polizeiliche Überwachung. Die Nazis bemächtigten sich auch des Eigentums der DSAP im Wert von 185 Millionen Kronen. Die sudetendeutschen Sozialisten organisierten sich in einer Reihe illegaler Gruppen. Schon ab 1938 war in Nordböhmen eine illegale Gruppe tätig, die von dem ehemaligen Bürgermeister von Ústí nad Labem, Leopold Pölzl, geleitet wurde. Andere Gruppen arbeiteten in West- und Ostböhmen. In den Jahren 1943–44 kam die Gestapo illegalen Gruppen in Bilina (Bilin), Liberec (Reichenberg), Zaclér (Schatzlar), Králiky (Grulich) und Odry (Odrau) auf die Spur. Im Gebiet von Decín (Tetschen) war eine illegale tschechisch-deutsche Bewegung tätig, die Gruppe Deutsch-tschechische Freiheitsbewegung. Diese Gruppe von Kommunisten und Parteilosen stand in Verbindung mit Gruppen von Sozialdemokraten unter der Führung von Franz Rotter und Fritz Röstbeck.

Zu den sudetendeutschen Widerstandskämpfern gehörten auch tapfere Geistliche und Gläubige, die in Predigten und Flugblättern, aber auch durch Akte sozialer Solidarität ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Nazi-regime Ausdruck gaben.

Potsdam und die Umsiedlung

Die großen Siegermächte beschlossen auf der Konferenz in Potsdam am 2. August 1945 die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn. Dasselbe Datum trägt das Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik Nr. 33/1945 über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit der Bürger deutscher und ungarischer Nationalität. In §2 dieses Dekrets wird den Anti-

faschisten die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zugesichert.

Aus der Tschechoslowakei wurden ca. 2,7 Millionen Deutsche ausgesiedelt. Auch sudetendeutsche Antifaschisten verließen das Land. Das hatte mehrere Gründe, z.B. die Nichtbeachtung ihres Status als Antifaschisten, die starke antideutsche Stimmung der tschechischen Öffentlichkeit, die auch die Kultur und die Sprache betraf und sich auf die mitmenschlichen Empfindungen auswirkte. Sozialdemokraten und andere Antifaschisten waren sehr verbittert darüber, dass weder die DSAP noch andere demokratische deutsche Institutionen neu gegründet wurden. Ein positiver Faktor war jedoch die Entscheidung, am Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschland teilzunehmen.

Die sudetendeutschen Antifaschisten standen nach „München“ und in der Zeit der nazistischen Besatzung und des zweiten Weltkrieges auf der Seite der Tschechoslowakei. Sie verdienen Anerkennung und Respekt.

Übersetzung: Dorothee Chlumsky, Renate Hennicke, Olga Semelová.

Überschriften, Fotos und Bildunterschriften aus Haló noviny.

Anmerkungen der DTN-Redaktion:

1 Nationalität bezeichnet die ethnische bzw. kulturelle Zugehörigkeit; sie ist nicht gleichbedeutend mit der Staatsangehörigkeit: In diesem Artikel geht es um tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Nationalität.

2 Negativismus: Reaktionäre politische Strömung deutsch-nationaler Kräfte in der Tschechoslowakei, die die Gründung der Tschechoslowakischen Republik als illegitim verurteilten, die konstruktive Mitarbeit in Parlament und Regierung verweigerten und auf den Anschluss der Grenzgebiete an Österreich bzw. das Deutsche Reich hinarbeiteten. Politische Organisationen des Negativismus waren: Deutsch-Nationale Partei (DNP), Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP); nach deren Verbot die Sudetendeutsche Heimatfront bzw. Partei (SHF bzw. SdP). Wesentliche politische Anschauungen des Negativismus werden bis heute in der Sudetendeutschen Landsmannschaft, insbesondere im Witikobund, gepflegt.

3,4 Aktivismus/Neoaktivismus: Gegenteil von Negativismus: Strömung der sudetendeutschen Politik, deren Vertreter versuchten, durch konstruktive Mitarbeit in Parlament und Regierung bestehende Probleme zu lösen und einen Interessensausgleich zwischen den verschiedenen Nationalitäten zu finden. In den 1920er Jahren gewannen die Aktivisten die Mehrheit und behielten sie bis zum Aufstieg der SHF/SdP in den 30-er Jahren. Neoaktivismus: Form des Aktivismus in den späten 1930er Jahren.

Foren zur gesellschaftspolitischen Diskussion von Linkspartei.PDS und WASG

Der Länderrat der WASG wird am 9. Oktober darüber beschließen, auf Bundesebene eine Serie von überregionalen Foren durchzuführen. „Diese Foren sollten nicht auf die Parteien beschränkt sondern offen sein, d.h. ein Angebot für gemeinsame Diskussionen mit sozialen, zivilgesellschaftlichen Bewegungen, aber auch mit den WählerInnen der Linkspartei, die ja nur zum geringeren Teil Mitglieder sind, darstellen. Für diese Foren zeichnet ein Trägerkreis verantwortlich der bisher, also vorläufig, aus politischen Vereinigungen besteht, die den beiden Parteien Linkspartei. PDS und WASG nahestehen. Eine direkte Trägerschaft der Parteien ist nicht sinnvoll. Ausgewertet und begleitet werden sollen die Foren durch eine Steuerungsgruppe aus beiden Parteien, die sich einvernehmlich auf Ausweitung auf Vertreter anderer Strömungen etc. verständigt. Träger und damit Gestalter der Foren sind bislang: die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Helle Panke – Regionalstiftungen der RLS, Wissenstransfer, Verein Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit und die Zeitschrift Sozialismus. Weitere Träger zur Verbreiterung des Prozesses werden dazu eingeladen dem Trägerkreis beizutreten. Die Themenvorschläge sind vorläufig und nicht abschließend konkretisiert. Die nachfolgenden Projekte sind offen für weitere Vorschläge; personelle Benennungen und Trägerkreis sind vorläufig und können durch andere ersetzt und ergänzt werden. Gedacht ist weiter daran, die regionale Zuordnung der Foren zu erweitern. Außerdem wollen wir – sobald die Steuerungsgruppe von beiden Parteien benannt ist – auch andere Strömungen der politischen Kultur mit einbeziehen, was gleichfalls thematische und organisatorische Veränderungen einschließt.“

1. Neuerfindung des Sozialstaats. Herausforderungen und Perspektiven sozialer Sicherung am 8. Oktober 2005 in Berlin

2. Die neue Linkspartei in Deutschland. Mit Ulrich Maurer, Dr. Hans Modrow, Prof. Dr. Dieter Klein. 10. Oktober in Berlin.

3. Perspektiven der Linkspartei am 29./30. Oktober in Frankfurt am Main. Einschätzungen zum Herkommen, Stand und Perspektiven der Linkspartei; Anforderungen an die Linkspartei aus feministischer und migrationspolitisch-antirassistischer Sicht.

4. Die Zukunft der Linken und der demokratische Sozialismus am 4./5. November in Berlin

5. Bildungsreform und Wissensgesellschaft am ? in München.

6. Rechtsextremismus, soziale Frage und Neoliberalismus am ? in Stuttgart (?)

7. In der Stagnationsfalle – Perspektiven kapitalistischer Entwicklung am 9./10. Dezember in Berlin

8. Kultur und Wissenschaft im 21. Jahrhundert am ? in ?

9. Frauenaufbruch – Geschlechterdemokratie als Herausforderung des 21. Jahrhunderts am ? in ?

10. Hundert Tage Merkel-Regierung. Erste Zwischenbilanz mit Folgerungen für die parlamentarische und außerparlamentarische Linke am 14. Januar 2006 in Köln

11. Perspektiven des europäischen Sozialmodells am 28. Januar 2006 in ?

9. bis 14. Oktober. Hannover. Ord. Gewerkschaftstag IG Bergbau, Chemie, Energie.

21. Oktober bis 13. November, Rundreise irakischer Gewerkschafter. In Basra gab es schon im April 2003, zwei Wochen nach Einmarsch der Besatzungstruppen, die Initiative zu gewerkschaftlicher Organisation. Heute gilt die Allgemeine Ge-

werkschaft der Beschäftigten im Ölsektor GUOE, mit Sitz in Basra, als bemerkenswerteste unabhängige gewerkschaftspolitische Kraft. Sie ist ein Zusammenschluss mehrerer Gewerkschaften aus der Energiebranche, wo über 23.000 Beschäftigte organisiert sind. Sie setzte sich erfolgreich für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ein. Sie wider setzte sich aktiv allen Plänen zur Privatisierung der Firmen, die sie als Eigentum der irakischen Bevölkerung betrachtet. Mit Solidaritätsaktionen und Proteststreiks protestierte sie gegen die Angriffe der Besatzungstruppen auf Nadschaf und Falludscha. Im Mai 2005 organisierte die GUOE in Basra eine vielbeachtete Konferenz gegen die Privatisierung des öffentlichen Sektors. Im Herbst d. J. werden zwei AktivistInnen der GUOE aus Basra – Frau Boshrah A. Abbood und Herr Taha A. Ibraheem Breshdi – nach Deutschland kommen.

Folgende Termine stehen bereits fest: • Fr. 21.10. Berlin – DGB Haus Keithstraße 1-3 (U-Bahn Wittenburgplatz) 19.00 Uhr • Mo. 24.10. Kiel • Di. 25.10. Hamburg • Do. 27.10. Hannover • Mo. 30.10. Duisberg • Di. 1.11. Bonn • Mi. 2.11. Frankfurt • Do. 3.11. Marburg/Gießen • Fr. 4.11. Heidelberg • Mo. 07.11. Freiburg • Di. 8.11. Tübingen • Mi. 9.11. Stuttgart • Do. 10.11. Augsburg • Fr. 11.11. München • Sa. 12.11. Berlin. Veranstalter und Unterstützer: attac-Gruppen, Deutscher Friedensrat usw. Näheres: www.labournet.de/internationales/iq/irak-tour05.html

26. Oktober. Berlin: (geplant) Zentrale Jubiläumsveranstaltung mit Großem Zapfenstreich der Bundeswehr am Reichstag aus Anlass 50 Jahre Bundeswehr + Aktionen der Friedensbewegung www.kampagne.de

28./29. Oktober. Rüsselsheim. 10. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS

4./5. November, Berlin. Musikland Deutschland - Wie viel kulturellen Dialog wollen wir? Veranstalter: Der Deutsche Musikrat. Deutschland ist ein Standort kultureller Vielfalt. Im Zusammenhang mit der Zuwanderung ausländischer Mitbürger und deren Integration spielt die Frage nach dem Eigenen und dem Anderen in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion eine immer wichtiger werdende Rolle.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemberg	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de